



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Beteiligungsbericht 2015**

Datum: 30. Juni 2015

Nummer: 2015-280

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links: - [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
 - [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
 - [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
 - [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



2015/280

Kanton Basel-Landschaft

Regierungsrat

Vorlage an den Landrat

Beteiligungsbericht 2015

vom 30. Juni 2015

Beteiligungsbericht an den Landrat 2015

Basis Jahresabschlüsse 2014

(unter Berücksichtigung der neuesten Entwicklungen)

Inhaltsverzeichnis

1	Management Summary	4
2	Ausgangslage	8
2.1	<i>Weiterentwicklung Beteiligungscontrolling</i>	8
2.2	<i>Gegenstand des Beteiligungsberichts</i>	8
2.3	<i>Inhalt des Beteiligungsberichts</i>	8
3	Beteiligungsübergreifende Informationen	10
3.1	<i>Bestehende Berichterstattung zu den Beteiligungen</i>	10
3.2	<i>Beteiligungsportfolio und Leistungsaufträge: Stand per 30.06.2015</i>	10
3.3	<i>Beteiligungsportfolio: Zu- und Abgänge sowie Mutationen im 2014</i>	11
3.3.1	Zugänge:.....	11
3.3.2	Mögliche Zugänge:	11
3.3.3	Abgänge:.....	12
3.3.4	Geplante Abgänge:.....	12
3.3.5	Mutationen	12
3.4	<i>Personelle Änderungen</i>	12
3.5	<i>Geldflüsse an und von Beteiligungen Budget 2015</i>	13
3.6	<i>Mandatsvergütungen an Kantonsvertretungen</i>	14
3.7	<i>Vorstösse zum Beteiligungscontrolling</i>	15
3.8	<i>Ausblick</i>	15
4	Einzelberichterstattung zu den strategisch wichtigen Beteiligungen	16
4.1	<i>Baselland Transport AG (BLT AG)</i>	16
4.2	<i>Basellandschaftliche Gebäudeversicherung (BGV)</i>	17
4.3	<i>Basellandschaftliche Kantonalbank (BLKB)</i>	19
4.4	<i>Basellandschaftliche Pensionskasse (BLPK)</i>	21
4.5	<i>Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)</i>	23
4.6	<i>Kantonsspital Baselland (KSBL)</i>	25
4.7	<i>Psychiatrie Baselland (PBL)</i>	27
4.8	<i>Schweizerische Rheinhäfen (SRH)</i>	30
4.9	<i>Sozialversicherungsanstalt Basel-Landschaft (SVA)</i>	31
4.10	<i>Universität Basel</i>	34
4.11	<i>Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)</i>	36
5	Antrag	38

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Das Wichtigste in Kürze	7
Tabelle 2: Beteiligungen des Kantons Basel-Landschaft	11
Tabelle 3: Personelle Änderungen.....	13
Tabelle 4: Geldflüsse an und von Beteiligungen Budget 2015	14
Tabelle 5: Mandatsvergütungen an Kantonsvertretungen.....	15

1 Management Summary

Nachdem die Verordnung über das Controlling der Beteiligungen über 4 Jahre gewirkt hat, hat der Regierungsrat an seiner Sitzung vom 12. November 2013 eine Auslegeordnung zum Thema Public Corporate Governance (PCG) angeordnet. Damit hat er die Überarbeitung der bestehenden Verordnung unter Berücksichtigung der neusten Erkenntnisse aus Theorie und Praxis initialisiert. Als Basis für die Beurteilung des aktuellen Standes des Themas PCG wurden die in der Schweiz verfügbaren Theorien untersucht und es wurde bei 11 Kantonen eine Befragung durchgeführt. Die aus der [Analyse](#) gewonnenen Erkenntnisse haben dazu geführt, dass die bestehende Verordnung komplett überarbeitet und in Form einer Richtlinie ausgestaltet wurde. Die sogenannte Richtlinie zu den Beteiligungen (Public Corporate Governance) [SGS 314.51](#) ist seit dem 1. Januar 2015 in Kraft. Damit sind die Arbeiten der normativen Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit den kantonalen Beteiligungen noch nicht abgeschlossen. Der Regierungsrat will einen Schritt weitergehen und die übergeordneten Rahmenbedingungen zur beteiligungsspezifischen Public Corporate Governance in einem sogenannten Public Corporate Governance Gesetz (PCGG) regeln. Die Arbeiten dazu haben Anfang 2015 begonnen. Ein erster Entwurf liegt vor und die dazugehörige Landratsvorlage ist in Ausarbeitung.

Das Beteiligungsportfolio des Kantons Basel-Landschaft wies per Ende 2013 einen Bestand von 41 Beteiligungen auf. Seit diesem Zeitpunkt hat es zwei Verkäufe gegeben. Dies führt zu einem Stand per 31.12.2014 von 39 Beteiligungen im Verwaltungsvermögen.

Die Geldflüsse der Beteiligungen an den Kanton im Jahr 2014 schlagen mit jährlichen Einnahmen von ca. 78 Mio. Franken zu Buche. Demgegenüber stehen die Geldflüsse vom Kanton an die Beteiligungen mit Ausgaben von ca. 484 Mio. Franken pro Jahr.

Rund 66 Prozent der Beteiligungs-Einnahmen stammen von der Basellandschaftlichen Kantonalbank. Auf der anderen Seite gehen rund 90 Prozent der Beteiligungs-Ausgaben auf das Konto der Bildung (Universität Basel, FHNW), der Spitalbetriebe (Kantonsspital und Psychiatrie Baselland) sowie des öffentlichen Verkehrs (Baselland Transport AG, Autobus AG, Waldenburgerbahn AG). Der Jahresaufwand im Zusammenhang mit den Beteiligungen macht rund 11 Prozent des gesamten Verwaltungsaufwandes aus. Der Anteil des Ertrages beläuft sich auf ca. 3 Prozent.

Nachfolgende Übersicht zeigt pro Beteiligung das Wichtigste in Kürze auf:

Beteiligung	Das Wichtigste in Kürze
ARA Rhein AG	Ende 2014 kam es zu zahlreichen Geruchsbelästigungen in Pratteln und Umgebung, welche durch Chemieabwässer verursacht wurden. Die ARA Rhein muss bis zum 30. Juni 2015 ein Projekt zur Gesamtanierung beim Kanton einreichen.
Autobus AG	Im April 2015 wurde die Eigentümerstrategie vom RR verabschiedet. Mittelfristig soll die Beteiligung abgestossen werden.
BAK Basel Economics AG	Mit der Eigentümerstrategie vom 19.05.2015 legt der Regierungsrat fest, dass die Kantonsanteile an der BAK Basel Economics AG verkauft werden sollen.
Baselland Transport AG	Aufgrund der Spardrucks, eines politischen Vorstosses und gemäss der im April 2015 verabschiedeten Eigentümerstrategien (BLT und WB) soll die WB in die BLT per 1.1.2016 integriert werden. Ziel ist es, das Synergiepotential optimal auszuschöpfen (v.a. im Hinblick auf die Sanierung der WB)

Basellandschaftliche Gebäudeversicherung	Der Regierungsrat hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die ein Gesetz für die Brand- und Elementarschadenprävention vorbereitet. Hauptziel ist die Stabilisierung der in den letzten Jahren stark angestiegenen Elementarschäden, um weiterhin tiefe Prämien zu ermöglichen. Das Gesetz geht im Verlauf des Jahres 2015 in die Vernehmlassung.
Basellandschaftliche Kantonalbank	Die BLKB bietet als erste Schweizer Bank seit dem 1. Oktober 2014 ihren Kunden zu deren Hypothek automatisch eine Erdbebenversicherung an. Im Sinne einer guten Public Corporate Governance fand für die Bankratswahl 2015 zum ersten Mal eine öffentliche Ausschreibung statt. Eine Überarbeitung des Kantonalbankgesetzes steht an.
Basellandschaftliche Pensionskasse	Die Arbeiten im Zusammenhang mit der Ausfinanzierung der BLPK auf 100% (System der Vollkapitalisierung), der Umwandlung der Kasse in eine Sammeleinrichtung sowie dem Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat sind auf Kurs und werden im 2015 abgeschlossen.
BSABB, BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel	Die BSABB senkte ihre Gebühren für alle unterstellten Institutionen um rund 15%. In den oberen Kategorien der Vorsorgeeinrichtungen ist die Senkung noch ausgeprägter. Die neue Gebührenregelung trat per 1.1.2015 in Kraft. Der Regierungsrat hat an seiner Sitzung vom 21.10.2014 die Senkung der Sitzungsgelder der Verwaltungsratsmitglieder der BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB) genehmigt. Die Gesamtentschädigung wird per 1.1.2015 von bisher CHF 120'000 um rund 25% auf neu CHF 88'000 p.a. gesenkt. Der Präsident erhält neu p.a. 22'500 (bisher: CHF 35'000), der Vizepräsident CHF 15'000 (bisher CHF 25'000) und ein Mitglied CHF 12'000 (bisher CHF 20'000). Zusätzlich ist neu pro Halbtage ein Sitzungsgeld von CHF 600 vorgesehen. Der Grund der Senkungen ist die merkliche Senkung des Aufwands der Verwaltungsratsmitglieder nach der Start- und Aufbauphase. Zudem hat der RR an dieser Sitzung vom Rücktritt des VR Andreas Koellreuter Kenntnis genommen. Die Nachfolge wurde ausgeschrieben. Mit RRB Nr. 0488 vom 24.3.2015 wurde als Nachfolger für die restliche Amtsperiode vom 1.4.15-31.12.15 Herr Dr. iur. Christian Bock, Seedorf BE, in den VR der BSABB gewählt (als Vertreter BL).
Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)	Die anstehenden gesetzlichen Veränderungen der Hochschulfinanzierung auf Stufe Bund in Kombination mit dem zu erwartenden Verdrängungswettbewerb im Fachhochschulbereich in den kommenden Jahren führen zu einer gewissen Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Einnahmen der FHNW bzw. den Ausgaben des Kantons (Verhältnis- von Eigen- und Fremdstudenten). Aufgrund dieser Unsicherheiten ist es sinnvoll, diese Veränderungen aktiv zu überwachen. Das finanzielle Risiko ist entsprechend leicht erhöht.
Flughafen Basel-Mulhouse	Seit mehreren Monaten findet eine Diskussion um die Steuerhoheit zwischen Frankreich und der Schweiz statt. Künftig werden die Schweizer Firmen am EAP französische Steuern zahlen (der Bundesrat hat hier bereits im Januar 2015 eingelenkt). Zu klären sind noch Punkte zum bürokratischen Mehraufwand und administrative Vereinfachungen. Eine abschliessende Einigung ist erst auf Ende 2015 zu erwarten.
Fondation des Archives de l'ancien Evêché de	keine besonderen Vorkommnisse zu erwähnen

Bâle	
Genossenschaft Stadion St. Jakob-Park	Präsident Thomas Meyer ist per Juni 2013 zurückgetreten. Im August 2013 trat Markus Lehman seine Nachfolge an. Grund für den Wechsel ist unter anderem, dass die Vermarktungsrechte von der Basel-United AG an den FC Basel übergeben wurden.
Hardwasser AG	keine besonderen Vorkommnisse zu erwähnen
Interkantonale Lehrmittelzentrale	Zu beobachten sind die Abgaben der Lehrmittelverlage, die von Schülerzahlen, neuen Produkten, dem Marktverhalten der Abnehmer und anderen Einflüssen abhängig sind und Einfluss auf die Finanzierung der ilz haben. Momentan sind aber keine negativen Entwicklungen zu erkennen.
Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH)	Die IPH konnte im Berichtsjahr ihre Leistungen im Bereich der Grundausbildung der Polizistinnen und Polizisten weiterhin in hoher Qualität erbringen. Dies trotz Veränderungen im Leitungs- und Personalbereich und nicht ganz erreichter Ergebnisse im Seminarbereich. Dies wirkte sich auch negativ auf das Betriebsergebnis aus. Diesbezüglich wird auf LRV 2015-190 (Bericht der Interparlamentarischen GPK der IPH Hitzkirch (IGPK IPH) vom 8.5.15 zum Jahresbericht IPH 2014) verwiesen.
Kantonsspital Basel-land (KSBL)	Im 2014 hat ein Führungswechsel stattgefunden (neuer CEO und drei neue Mitglieder und ein neuer Präsident im VR) Nach wie vor fehlt dem KSBL eine gesicherte tarifliche Grundlage im Bereich der stationären Leistungserbringung, was eine hohe Planungsunsicherheit zur Folge hat. Anfang 2015 haben zwischen den beiden Gesundheitsdirektoren Basel-Landschaft und Basel-Stadt Gespräche betreffend einer vertieften Kooperation im Gesundheitsbereich stattgefunden. Dieser vertieften Kooperationsprüfung werden auch die beiden Beteiligungen KSBL und das Universitätsspital Basel (USB) unterzogen.
Kraftwerk Augst AG	keine besonderen Vorkommnisse zu erwähnen
Kraftwerk Birsf. AG	keine besonderen Vorkommnisse zu erwähnen
Landwirtsch. Trocknungsanlagen LTA AG	keine besonderen Vorkommnisse zu erwähnen
MCH Messe Schweiz AG	keine besonderen Vorkommnisse zu erwähnen
Motorfahrzeugprüfstation beider Basel (MFP)	Bezüglich dem operativen Geschäft der MFP Münchenstein sind keine besonderen Vorkommnisse zu erwähnen. Im Bereich des Revisionscontrolling wurde seitens der Revisionsstelle (Kantonale Finanzkontrolle BL) festgestellt, dass infolge der Ausfinanzierung der BLPK, die MFP überschuldet ist bzw. dass die Revisionsstelle der paritätischen Betriebskommission die Empfehlung abgibt, entsprechende Massnahmen einzuleiten, damit dieser Bilanzfehlbetrag innert nützlicher Frist abgetragen werden kann. Zusätzlich sollte dadurch auch sichergestellt werden, dass die Abschreibungen auf den Liegenschaften wieder erwirtschaftet werden können. Die entsprechenden Gespräche zwischen der SID und der MFP sind in die Wege geleitet.
NSNW AG	Anfangs 2015 konnte man sich gemeinsam mit den beiden anderen Eigentümerkantonen AG und SO auf eine gleichlautende Eigentümerstrategie einigen. Neu als VR-Präsident wurde per GV 2015 Johannes Sutter (Vertreter BL) gewählt.

ProReno Betriebs AG	keine besonderen Vorkommnisse zu erwähnen
Psychiatrie Baselland (PBL)	Die PBL feierte im 2014 ein Doppeljubiläum (160 Jahre Haus D, 80 Jahre Haus A)Die GL wurde um zwei Mitglieder auf neu 6 Personen reduziert und der VR hat ein neues Mitglied. Im Festsetzungsverfahren mit der Tarifsuisse AG zu den Tarifen 2012 und 2013 hat das Bundesverwaltungsgericht bis Ende 2014 noch keinen Entscheid gefällt. Verhandlungen für 2014 waren wiederum gescheitert. Die Tarife 2014 wurden darum vom Regierungsrat Basel-Landschaft vorsorglich festgesetzt.
Radio- und Fernsehgesellschaft Basel	keine besonderen Vorkommnisse zu erwähnen
Schweizer Salinen AG	keine besonderen Vorkommnisse zu erwähnen
Schweizerische Nationalbank	Die Aufgabe des EURO-Mindestkurses hat diverse Auswirkungen die Kantone.
Schweiz. Rheinhäfen	Das Projekt Basel-Nord wird vorangetrieben
Schweiz. Bibliotheksd.	keine besonderen Vorkommnisse zu erwähnen
Selfin Invest AG	keine besonderen Vorkommnisse zu erwähnen
Sozialversicherungsanstalt Baselland	keine besonderen Vorkommnisse zu erwähnen
Stiftung interkantonale Försterschule	keine besonderen Vorkommnisse zu erwähnen
Swissmedic	keine besonderen Vorkommnisse zu erwähnen
Swisslos	keine besonderen Vorkommnisse zu erwähnen
TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche	Die Organisation TSM wird neu ausgerichtet. Das Weitere regelt der Lenkungsausschuss.
Universität Basel	Der Bund ist momentan daran das UFG im Bereich der Grundbeiträge anzupassen. Diese Änderung führt dazu, dass der Universität Basel ein Beitragsjahr „verloren“ geht. Entsprechend besteht das Risiko, dass es zu einem einmaligen Ausfall von CHF 30'000'000 kommt. Ausserdem stellt der Ausschluss der Schweiz aus dem europäischen Forschungsprogramm Horizon 2020 als Reaktion auf die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative am 9.2.2014 ein finanzielles Risiko dar. Bezüglich Finanzierung der Pensionskasse der Universität wird derzeit eine Landratsvorlage erarbeitet.
Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)	Es besteht Unsicherheit in der Finanzierung (stationär DRG, ambulant, gemeinwirtschaftliche und übrige Leistungen). Zum heutigen Zeitpunkt sind 78% des stationären Umsatzes und 74% des ambulanten Umsatzes für das Jahr 2015 nicht definitiv vertraglich fixiert (laufende Verhandlungen und hängige Tariffestsetzungen).
Waldenburgerbahn AG, Waldenburg	Aufgrund des Spardrucks, eines politischen Vorstosses und gemäss der im April 2015 verabschiedeten Eigentümerstrategien (BLT und WB) soll die WB in die BLT per 1.1.2016 integriert werden. Ziel ist es, das Synergiepotential optimal auszuschöpfen (v.a. im Hinblick auf die Sanierung der WB)
Wasserversorgung Waldenburgertal AG	keine besonderen Vorkommnisse zu erwähnen

Tabelle 1: Das Wichtigste in Kürze

2 Ausgangslage

Im Jahr 2013 hat der Landrat erstmals einen Beteiligungsbericht unterbreitet bekommen ([2013-446](#)) und diesen am 10. April 2014 zur Kenntnis genommen.

Das vorliegende Dokument ist der zweite Beteiligungsbericht an den Landrat. Der Bericht stützt sich auf den per 1.7.2015 in Kraft tretenden § 46a des Landratsgesetzes ([SGS 131](#)).

2.1 Weiterentwicklung Beteiligungscontrolling

Mit der Landratsvorlage zum Beteiligungsmanagement (Vorlage Nr. [2009-159](#) vom 3. Juni 2009) legte der Regierungsrat die Instrumente des Landrats zur Wahrnehmung seiner Oberaufsichtsfunktion dar. Zudem erliess er am 2. Juni 2009 die Verordnung über das Controlling der Beteiligungen und setzte sie per 1. Juli 2009 in Kraft. Diese Verordnung setzte die Leitlinien für die Steuerung und die Arbeitsteilung bei der Betreuung sowie für die Berichterstattung der Beteiligungen fest¹.

Nachdem die Verordnung über das Controlling der Beteiligungen über 4 Jahre gewirkt hat, hat der Regierungsrat an seiner Sitzung vom 12. November 2013 eine Auslegeordnung zum Thema Public Corporate Governance (PCG) angeordnet. Damit hat er die Überarbeitung der bestehenden Verordnung unter Berücksichtigung der neusten Erkenntnisse aus Theorie und Praxis initialisiert. Als Basis für die Beurteilung des aktuellen Standes des Themas PCG wurden die in der Schweiz verfügbaren Theorien untersucht und es wurde bei 11 Kantonen eine Befragung durchgeführt. Die aus der [Analyse](#) gewonnenen Erkenntnisse haben dazu geführt, dass die bestehende Verordnung komplett überarbeitet und in Form einer Richtlinie ausgestaltet wurde. Die sogenannte Richtlinie zu den Beteiligungen (Public Corporate Governance) [SGS 314.51](#) ist seit dem 1. Januar 2015 in Kraft.

Parallel zur Entwicklung der neuen Richtlinie wurde deren inhaltliche Umsetzung vorangetrieben. Im Fokus stand und steht dabei die sogenannte Eigentümerstrategie. In Pilotprojekten wurde diese für das Kantonsspital Baselland und die Basellandschaftliche Kantonalbank entwickelt. Seither wurden weitere [Eigentümerstrategien](#) ausgearbeitet und auf der Homepage des Kantons Basellandschaft publiziert. Bis Ende 2015 sollen sämtliche (abgesehen von Universität und FHNW) Eigentümerstrategien ausgearbeitet sein.

2.2 Gegenstand des Beteiligungsberichts

Gegenstand des vorliegenden Beteiligungsberichts sind sämtliche Institutionen, die unter folgende Definition fallen:

Unter Beteiligungen werden sämtliche Institutionen in Form von selbständigen, öffentlich-rechtlichen Anstalten oder Körperschaften (vom Kanton beherrschte Beteiligungen, auch ohne zwingende Kapitalbeteiligung) oder in Gesellschaftsformen des Obligationenrechts im teilweisen oder vollständigen Eigentum des Kantons verstanden, die der ausgelagerten Erfüllung von Kantonsaufgaben oder der Beschaffung von Vorleistungen zur Erfüllung von Kantonsaufgaben dienen. Sie sind im Verwaltungsvermögen zu führen

2.3 Inhalt des Beteiligungsberichts

Der Beteiligungsbericht gliedert sich in einen allgemeinen Teil und in eine Einzelberichterstattung. Letztere umfasst sämtliche strategisch wichtigen Beteiligungen gemäss Kreis eins des Zweikreis-

¹ Der Landrat nahm die Vorlage zum Beteiligungsmanagement am 28. Januar 2010 mit 78:0 Stimmen bei einer Enthaltung zur Kenntnis.

Modells. Die Details zur Einteilung finden sich in der [Richtlinie zu den Beteiligungen \(Public Corporate Governance\)](#) in § 4.

Allgemeiner Teil:

- Ausgangslage
- Bestehende Berichterstattung und Beteiligungsübersicht
- Übersicht und Mutationen des Beteiligungsportefeuilles
- Personelle Veränderungen im strategischen und operativen Führungsorgan
- Budgetierte Geldflüsse an und von Beteiligungen 2015
- Übersicht der Mandatsvergütungen von der Beteiligung an eine allfällige Kantonsvertretung
- Vorstösse zum Beteiligungscontrolling
- Ausblick

Einzelberichterstattung

- Wichtige Entwicklungen
- Wichtige Kennzahlen
- Grösste Herausforderungen
- Umfeldentwicklungen
- Risiken aus Eigentümersicht
- Landratsgeschäfte 2014/2015 zu den Beteiligungen

Die Optik des Beteiligungsberichts ist sowohl vergangenheits- wie auch zukunftsbezogen. Dabei werden die wichtigsten Elemente des letzten Geschäftsjahres, der laufenden Periode sowie der künftigen 2-3 Jahre aufgeführt.

3 Beteiligungsübergreifende Informationen

3.1 Bestehende Berichterstattung zu den Beteiligungen

Neben dem vorliegenden Bericht existiert bereits eine Vielzahl von Informationen zu den Beteiligungen, welche dem Landrat in Einzelvorlagen unterbreitet werden und/oder im Internet verfügbar sind. Dies umfasst insbesondere:

- Jährliche Geschäftsberichte ausgewählter Beteiligungen sowie Vorlagen betreffend Leistungsvereinbarungen oder parlamentarische Vorstösse,
- Änderungen im Beteiligungsportefeuille, Geldflüsse an und von Beteiligungen sowie ein Beteiligungsspiegel im Jahresbericht (vgl. beispielsweise Jahresbericht 2014 ([2015-040](#)) auf den Seiten 47 ff. und 323 ff.)
- Geldflüsse an und von Beteiligungen in der Jahresplanung (vgl. beispielsweise Jahresplanung 2015 ([2014-250](#)) auf den Seiten 37/38.
- Jährlich aktualisierte [Faktenblätter](#)

3.2 Beteiligungsportfolio und Leistungsaufträge: Stand per 30.06.2015

Nachstehende Übersicht beinhaltet sämtliche Beteiligungen des Kantons Basel-Landschaft per 30.06.2015 (alphabetisch sortiert). Jene Institutionen, die gemäss der Richtlinie zu den Beteiligungen (Public Corporate Governance), [SGS 314.51](#), als strategisch wichtig eingestuft werden, sind in der Tabelle mit **Fettschrift** gekennzeichnet.

Nr.	Beteiligung	Fachdirektion	Grundlage	Leistungsauftrag von bis	LRV
1	ARA Rhein AG	BUD	SGS 782 und 782.11	-	-
2	Autobus AG	BUD	SGS 480	2014-2017	2013-047
3	BAK Basel Economics AG	FKD	LRV 2004-085	-	-
4	Baselland Transport AG	BUD	SGS 480, 480.1, 483.1, 386.2-386.6	2014-2017	2013-047
5	Basellandschaftliche Gebäudeversicherung	FKD	SGS 350, 350.11, 350.111-115	-	-
6	Basellandschaftliche Kantonalbank	FKD	SGS 100, 371, 371.1, 371.11	-	-
7	Basellandschaftliche Pensionskasse	FKD	SGS 150, 834.2	-	-
8	BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel	SID	SGS 211.2	2012-2015	-
9	Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)	BKSD	SGS 649.22	2015-2017	2014-199
10	Flughafen Basel-Mulhouse	BUD	SGS 486.21	-	-
11	Fondation des Archives de l'ancien Evêché de Bâle	KB	LRV 97-064	-	-
12	Genossenschaft Stadion St. Jakob-Park	BKSD	LRV 2004/165	-	-
13	Hardwasser AG	BUD	SGS 455, LRV 2000-158	-	-
14	Interkantonale Lehrmittelzentrale	BKSD	SGS-SO 411.271	-	-
15	Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH)	SID	SGS 700.13	-	-
16	Kantonsspital Baselland	VGD	SGS 930, 930.122	2014	-
17	Kraftwerk Augst AG	BUD	SGS 494	-	-
18	Kraftwerk Birsfelden AG	BUD	SGS 493, 493.2,	-	-

Nr.	Beteiligung	Fachdirektion	Grundlage	Leistungsauftrag von bis	LRV
			493.21		
19	Landwirtschaftliche Trocknungs-Anlagen LTA AG	VGD	SGS 510	-	-
20	MCH Messe Schweiz AG	VGD	LRV 2000-067	-	-
21	Motorfahrzeugprüfstation beider Basel (MFP)	SID	SGS 481.5	-	-
22	NSNW AG	BUD	LRV 2007-176	-	-
23	ProRhen AG	BUD	SGS 783.31, 783.32, 783.33	-	-
24	Psychiatrie Baselland	VGD	SGS 930	2014	-
25	Schweizer Salinen AG	FKD	SGS 381.2-4	-	-
26	Schweizerische Nationalbank	FKD	NBG 951.11	-	-
27	Schweizerische Rheinhäfen	VGD	SGS 100, 421, 421.1	-	-
28	Schweizerischer Bibliotheksdienst	BKSD	LRV 1986-27	-	-
29	Selfin Invest AG	FKD	SGS 381.2-4		
30	Sozialversicherungsanstalt Baselland	FKD	SGS 831, 831.11	2015	-
31	SRG idée suisse Region Basel	BKSD	LRV 2004-085	-	-
32	Stiftung interkantonale Försterschule	VGD	SGS 570, 570.11	-	-
33	Swisslos	SID	SGS 543.3/4, LRV 2005-261	-	-
34	Swissmedic, Schweizerisches Heilmittelinstitut	VGD	SR 812.21	-	-
35	TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche	BKSD	SGS 649.3, 649.31	-	-
36	Universität Basel	BKSD	SGS 664.1, LRV 2006-179	2014-2017	2013-282
37	Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)	VGD	SGS 932.4, 930	2013-2014	-
38	Waldenburgerbahn AG	BUD	SGS 480, 386.1	2014-2017	2013-047
39	Wasserversorgung Waldenburger-tal AG	BUD	SGS 455	-	-

Tabelle 2: Beteiligungen des Kantons Basel-Landschaft

3.3 Beteiligungsportfolio: Zu- und Abgänge sowie Mutationen im 2014

Das Beteiligungsportfolio des Kantons Basel-Landschaft wies per Ende 2013 einen Bestand von 41 Beteiligungen auf. Seit diesem Zeitpunkt hat es zwei Verkäufe gegeben. Dies führt zu einem Stand per 31.12.2014 von 39 Beteiligungen im Verwaltungsvermögen.

3.3.1 Zugänge:

Keine

3.3.2 Mögliche Zugänge:

Auf der Basis mehrerer Regierungsratsbeschlüsse und den Verhandlungen im Lenkungsausschuss Partnerschaftsverhandlungen ist geplant, dem Landrat bikantonale Betriebsbeiträge für das Schweizerische Tropen- und Public Health Institute (Swiss TPH) zu beantragen. In den Monaten

Juli bis September wird eine Vernehmlassung durchgeführt. Nach der Einarbeitung der Ergebnisse soll die Vorlage im Herbst dem Landrat unterbreitet werden.

3.3.3 Abgänge:

Wärmeverbund Oberwil-Therwil AG, Oberwil (WOT)

Mit dem Beteiligungsreport 2012 an den Regierungsrat (RRB Nr. 0064 vom 15.01.2013) wurde die Prüfung zur Veräusserung der Wärmeverbund Oberwil-Therwil AG, Oberwil (WOT) beantragt. Gemäss RRB 1939 vom 26. November 2013 wurden die 220 Aktien der Gemeinde Therwil am 16.01.2014 verkauft. Damit diese Veräusserung vollzogen werden konnte, wurde vom Landrat mit dem Jahresbericht 2012 (LRV 2013-080) beschlossen, dass die Gesellschaft vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen transferiert wird.

Autogesellschaft Sissach-Eptingen AG (AGSE)

Mit dem Beteiligungsreport 2012 an den Regierungsrat (RRB Nr. 0064 vom 15.01.2013) wurde die Prüfung zur Veräusserung der Autogesellschaft Sissach-Eptingen AG (AGSE) beantragt. Gemäss RRB 0703 vom 13. Mai 2014 wurden die 24 Aktien dem Verwaltungsratspräsidenten der AGSE, Urs Baumann, am 19.05.2014 verkauft. Damit diese Veräusserung vollzogen werden konnte, hat der Landrat mit dem Jahresbericht 2012 (LRV 2013-080) beschlossen, dass die Gesellschaft vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen transferiert wird.

3.3.4 Geplante Abgänge:

Per 1.1.2016 ist geplant, die Waldenburgerbahn AG in die BLT AG zu integrieren. Dies gemäss Eigentümerstrategie und Medienmitteilung vom 17.04.2015.

3.3.5 Mutationen

keine

3.4 Personelle Änderungen

Nachstehende Übersicht führt jene strategisch wichtigen Beteiligungen auf, bei denen es im strategischen (SF) oder operativen Führungsorgan (OF) eine Veränderung im vergangenen Jahr bis dato gegeben hat und führt diese auf.

Beteiligung	OF alt	OF neu	SF alt	SF neu
Baselland Transport AG				
Basellandschaftliche Gebäudeversicherung (BGV)				
Basellandschaftliche Kantonalbank (BLKB)			Wilhelm Hansen Claude Janiak Daniel Schenk H.U. Schudel	Erica Dubach S. Nadine Jermann Stephan Naef Marco Primavesi Kurt Strecker
Basellandschaftliche Pensionskasse (BLPK)			Anton Lauber Béatrice Grieder Peter Manzoni Rudolf Schaffner	M. Bammatter Markus Nydegger Thomas Sauter T. Tschudin Rosa
FHNW			Peter Meier-Abt, Rolf Schaumann	Antonietta Pedrazetti, Christoph Haering
Kantonsspital Baselland	Heinz Schneider	Jürg Aebi	RR Thomas Weber	Werner Widmer Reta-Sandra

Beteiligung	OF alt	OF neu	SF alt	SF neu
			Dieter Völlmin	Tschopp Peter Suter Jacqueline Martin
Psychiatrie Baselland			RR Thomas Weber	Mirko Tozzo
Schweizerische Rheinhäfen, Birsfelden				
Sozialversicherungsanstalt Baselland				
Universität Basel			René Imhof Dominik Köchlin Walter Mundschin	Kathrin Amacker Daniela Dolci Gottlieb A. Keller
Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)	Conrad E. Müller	M. Fischer	RR Dr. C. Conti, RR Thomas Weber A. P. Perruchoud	H. J. Kaiser Fredri Zwahlen-B. Andy Fischer

Tabelle 3: Personelle Änderungen

3.5 Geldflüsse an und von Beteiligungen Budget 2015

In der folgenden Tabelle sind die Beteiligungen aufgeführt, für welche im Budget 2015 des Kantons Aufwand (bspw. für den Leistungseinkauf) bzw. Ertrag (bspw. aus Dividenden) sowie Beiträge in der Investitionsrechnung eingestellt sind:

Beteiligung	Art der Leistung / Ertragsart	Aufwand in	Ertrag in	Investitionsrechnung in CHF
ARA Rhein AG (Wird vollständig über Gebühren finanziert)	Betriebskostenbeiträge	1'600'000	1'600'000	1'000'000
Autobus AG (AAGL)	Betriebskostenbeiträge Dividende	6'000'000	6'642	
Baselland Transport AG (BLT)	Betriebskosten- und Investitionsbeiträge	18'100'000		20'000'000
Basellandschaftliche Kantonalbank	Anteil am Reingewinn Abgeltung Staatsgarantie Verzinsung Dotationskapital	2'700'000	42'000'000 8'500'000 2'700'000	
BSABB	Verzinsung Dotationskapital		3'000	
Fachhochschule Nordwestschweiz	Leistungsauftrag Mieterträge	63'674'000	3'660'000	
Fondation des Archives de l'ancien évêché de Bâle	Beitrag	100'000		
Hardwasser AG	Wasserzins (Entnahmegebühr)		380'000	
Interkantonale Lehrmittelzentrale	Beitrag	17'000		
Interkantonale Polizeischule Hitzkirch	Leistungspauschale	1'000'000	125'000	
Kantonsspital Baselland	Leistungseinkauf Baurechtszinsen Darlehenszinsen	140'000'000	2'521'000 2'071'059	
Kraftwerk Augst AG	Konzession f. Wassernutzung für Energieerzeugung Dividende		520'000 150'000	
Kraftwerk Birsfelden AG	Konzession f. Wassernutzung f. Energieerzeugung und Betriebskostenanteil Schifffahrtsanlagen Dividende	58'000	2'720'000 262'500	
Landwirtschaftliche Trocknungs-Anlagen LTA AG	Dividende		3'000	

MCH Group AG	Dividende		235'625	
NSNW AG	Aufwand für Strassenunterhalt kant. HLS Dividende	3'365'000	255'000	
ProRheno AG (Wird vollständig über Gebühren finanziert)	Betriebskostenbeiträge und Investitionsanteil BL	1'800'000	1'800'000	700'000
Psychiatrie Baselland	Leistungseinkauf Baurechtszinsen Darlehenszinsen	35'500'000	942'000 668'700	
Schweizer Salinen AG	Dividende Regalien Konzession		278'400 80'000 250'000	
Schweizerische Nationalbank	Anteil am Reingewinn Dividende		23'200'000 12'390	
Schweizerische Rheinhäfen	Anteil am Reingewinn		4'500'000	
Sozialversicherungsanstalt Baselland	Verwaltungsaufwand Vollzug Prämienverbilligung (CHF 111.33 Mio.) Verwaltungsaufwand Ergänzungsleistungen (CHF 206.90 Mio.)	1'833'000 4'547'000		
Swisslos	Gewinnausschüttung		14'000'000	
TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche	Leistungseinkauf	5'788'137		
Universität Basel	Leistungsauftrag	161'900'000		
Universitäts-Kinderspital beider Basel	Leistungseinkauf	15'401'000		
Waldenburgerbahn AG (WB)	Betriebskosten- und Investitionsbeiträge	3'400'000		13'500'000
TOTAL		466'783'137	113'444'316	35'200'000

Tabelle 4: Geldflüsse an und von Beteiligungen Budget 2015

3.6 Mandatsvergütungen an Kantonsvertretungen

Mit [RRB 2148](#) vom 18. Dezember 2013 hat der Regierungsrat beschlossen, dass künftig, d.h. ab Inkrafttreten der Dekretsänderung, sämtliche Honorare, Spesen und Sitzungsgelder sowie sonstige Auszahlungen in bar durch alle dem Personalgesetz des Kantons Basel-Landschaft unterstehenden Mitarbeitenden dem Kanton abzuliefern sind. Die Revision des Personaldekrets ist derzeit in Überarbeitung.

Nachfolgende Übersicht zeigt die an den Kanton abgelieferten Mandatsvergütungen in CHF von den Beteiligungen für Kantonsvertretungen im Jahr 2014 auf.

AHV Kommissionstätigkeit	A. Lauber	3'250.00
Basellandschaftliche Kantonalbank Jubiläumsstiftung	U. Wüthrich	1'000.00
Basellandschaftliche Kantonalbank	A. Ballmer	3'319.75
Basellandschaftliche Kantonalbank	A. Lauber	48'268.70
Basellandschaftliche Gebäudeversicherung	A. Lauber	12'200.00
Basellandschaftliche Pensionskasse	A. Lauber	17'700.00
EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg	S. Pegoraro	2'100.00
Georg H. Endress-Stiftung	S. Pegoraro	10'000.00
Hardwasser AG	S. Pegoraro	3'800.00
Hardwasser AG	A. Benthaus	3'000.00
Kantonsspital Baselland	T. Weber	18'050.00
Universitäts-Kinderspital beider Basel	T. Weber	17'900.00
Kraftwerk Birsfelden AG	A. Ballmer	2'750.00
Kraftwerk Birsfelden AG	A. Lauber	3'750.00
Kraftwerk Birsfelden AG	S. Pegoraro	12'250.00
Kraftwerk Augst AG	S. Pegoraro	9'975.30
MCH Group AG	T. Weber	30'080.00
ProRheno AG	O. Jacobi	600.00
ProRheno AG	M. Koehn	450.00

Psychiatrie Baselland	T. Weber	28'000.00
Schweizerische Rheinhäfen	T. Weber	16'500.00
Swisslos	I. Reber	2'500.00
Universität Basel	U. Wüthrich	20'000.00
Schweizer Salinen AG	A. Lauber	1795.60
Vereinigte Schweizer Rheinsalinen	A. Ballmer	6'000.00
Total		275'239.35

Tabelle 5: Mandatsvergütungen an Kantonsvertretungen

3.7 Vorstösse zum Beteiligungscontrolling

- Vorlage: Bericht des Büros des Landrats zu den Verfahrenspostulaten [2014/026](#) von Marc Bürgi: «Entschädigungen von Kantonsvertretern», und [2014/028](#) von Georges Thüring: «Inwiefern legitimiert sich das Vorgehen der landrätlichen Finanzkommission zum Bericht der Finanzkontrolle bezüglich ‚Entschädigungen von Kantonsvertretungen kantonaler Beteiligungen‘?» ([2014-215](#))
- Interpellation: Hat sich die Finanzkommission an die rechtlichen Spielregeln gehalten? ([2014-029](#))
- Verfahrenspostulat: Inwiefern legitimiert sich das Vorgehen der landrätlichen Finanzkommission zum Bericht der Finanzkontrolle bezüglich "Entschädigungen von Kantonsvertretungen kantonaler Beteiligungen"? ([2014-028](#))
- Verfahrenspostulat: Entschädigungen von Kantonsvertretern ([2014-026](#))
- Postulat: Honorar-Affäre: Weitere Massnahmen sind nötig ([2014-018](#))
- Postulat: Überprüfung Kantonale Beteiligungen ([2014-230](#))
- Motion: Die Rolle des Landrats als Oberaufsichtsorgan in Bezug auf die kantonalen Beteiligungen ([2015-126](#))
- Motion: Richtlinien ohne Grundlage in der Verfassung ([2015-010](#))
- Motion: Einrichten einer ständigen Findungskommission zur Besetzung von kantonalen Verwaltungsrats-Mandaten in staatsnahen Unternehmen ([2014-014](#))
- Motion: Unabhängige Verwaltungsräte staatsnaher Unternehmen ([2014-013](#))
- Interpellation: Öffentlich-rechtliche Anstalten als Immobilienbesitzer und Vermieter ([2015-024](#))
- Interpellation: Entschädigungen von Kantonsvertretern ([2014-010](#))

3.8 Ausblick

Mit der neuen Richtlinie zu den Beteiligungen (Public Corporate Governance) sind die Arbeiten der normativen Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit den kantonalen Beteiligungen noch nicht abgeschlossen. Der Regierungsrat will einen Schritt weitergehen und die übergeordneten Rahmenbedingungen zur beteiligungsspezifischen Public Corporate Governance in einem sogenannten Public Corporate Governance Gesetz (PCGG) regeln. Die Arbeiten dazu haben Anfang 2015 begonnen. Ein erster Entwurf liegt vor und die dazugehörige Landratsvorlage ist in Ausarbeitung.

Als weitere Kernaufgabe wird das Beteiligungscontrolling die Entwicklung weiterer Eigentümerstrategien vorantreiben. Bei den bereits ausgearbeiteten Dokumenten steht die Prüfung über die Umsetzung und Einhaltung der Eigentümerstrategie im Zentrum. Dabei ist nicht zuletzt auch ein optimales Zusammenspiel der diversen Berichterstattungen und Abläufen zu finden, so dass die Informationen zum richtigen Zeitpunkt in der richtigen Form bei den richtigen Anspruchsgruppen landen.

Im künftigen Fokus des Beteiligungscontrollings steht zudem eine Konsolidierungsphase. Jene Elemente, die in der neuen Richtlinie aufgenommen sind, müssen ihren Weg in die Praxis finden.

4 Einzelberichterstattung zu den strategisch wichtigen Beteiligungen

4.1 Baselland Transport AG (BLT AG)

Baselland Transport AG (BLT AG)				
Beurteilung Geschäftsjahre 2014/2015: wichtige Entwicklungen bei der BLT AG				
<p>Die BLT ist gut aufgestellt und 2014 konnten wichtige Weichenstellungen vorgenommen werden.</p> <p>Eine Übereinkunft der Regierungen der beiden Basel hat die erhoffte Klärung über den Bau und den Betrieb des Margarethenstichs gebracht. Der Betrieb der Linie 17 bleibt auch nach Inbetriebnahme des Margarethenstichs bei der BLT. Die Finanzierung der Baukosten für den Anteil Basel-Stadt wurden durch den Grossen Rat genehmigt, nachdem der Kostenteiler angepasst wurde. Ein Teil der Investitionskosten wird durch die BLT getragen.</p> <p>Mit der Inbetriebnahme des Doppelspurausbaus im hinteren Leimental konnte die angestrebte Taktverdichtung der Linie 10 in den Hauptverkehrszeiten vorgenommen werden. Dadurch sind die Trams gleichmässiger besetzt und es gelingt besser, die vorhandenen Kapazitäten auszunutzen.</p> <p>Nach der Übernahme der AGSE per 1. Januar 2013 konnte im Jahr 2014 das neu erstellte Busdepot in Eptingen in Betrieb genommen werden. Das neue Busdepot ermöglicht effiziente Betriebsabläufe, bietet dem Personal zeitgemässe Arbeitsplätze und erlaubt einen gewissen Spielraum für einen Ausbau der Busflotte.</p> <p>Finanziell war 2014 von hohen Investitionen in Schieneninfrastruktur und Rollmaterial geprägt (insgesamt CHF 74.3 Mio.). Der Verkehrsertrag nahm erneut um CHF 1.1 Mio. wegen mehr Fahrgästen und TNW-Mehreinnahmen zu, aufgrund der hohen Investitionstätigkeit erhöhten sich die Abschreibungsaufwendungen um CHF 2.6 Mio.</p>				
Unternehmenseckwerte	R 2011	R 2012	R 2013	R 2014
Anzahl Mitarbeitende	329	348	386	391
Beförderte Personen <i>Veränderung ggü. Vorjahr</i>	48'728'000 +1.6%	50'911'000 +4.5%	51'900'000 +1.9%	52'700'000 +1.6%
Abgeltung BL in Mio.Fr. (netto und nach Rückzahlung Darlehen)	13.44	14.66	16.31	16.25
Erfolgsrechnung in Fr.				
Aufwand	83'627'216	88'907'094	93'577'368	94'112'747
Ertrag	86'561'814	91'627'858	97'151'577	97'066'087
+Gewinn / -Verlust	+2'934'598	+2'720'764	+3'574'209	+2'953'340
Bilanzsumme in Fr.	411'193'362	415'742'580	414'788'377	473'133'564
Eigenfinanzierungsgrad	12%	12%	13%	13%
Anlagedeckungsgrad 1 (goldene Bilanzregel)	19%	19%	17%	17%
Anlagedeckungsgrad 2 (goldene Finanzierungsregel)	137%	132%	114%	111%
Liquiditätsgrad II	239%	240%	175%	152%
Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der BLT AG				
<p>Per 1. Januar 2016 tritt die neue Finanzierung der Bahninfrastruktur in Kraft. Bau und Betrieb der Traminfrastrukturen der BLT werden ab diesem Zeitpunkt zu 100% über den neuen Bahninfrastrukturfonds des Bundes finanziert. Ausbauten werden künftig über das Strategische Entwicklungsprogramm beantragt und müssen vom Bundesparlament bewilligt werden.</p>				
Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung				
<p>Im Busbereich sieht der Bund vor, dass Leistungen des regionalen Personenverkehrs künftig nach Ablauf der Konzession öffentlich ausgeschrieben werden. Sollte sich der Kanton Basel-Landschaft als Besteller von Busleistung ebenfalls entscheiden künftig Ausschreibungen durchzuführen, entsteht eine neue Konkurrenzsituation.</p> <p>Die Regelungsrichte durch laufend neue Gesetze und Verordnungen nimmt zu. Als Folge davon steigen die Investitionsausgaben und führen zu steigenden wiederkehrenden Kosten. Insbesondere im Bereich der Sicherheit und der</p>				

hindernisfreien Zugänglichkeit des öffentlichen Verkehrs für mobilitätseingeschränkte Personen sind Investitionen notwendig. Ungesicherte Bahnübergänge müssen aufgehoben oder mit Schranken gesichert werden. Um die Anforderungen des Behindertengleichstellungsgesetzes zu erfüllen sind zudem Anpassungen an Fahrzeugen, Haltestellen und Fahrgastinformationssystemen vorzunehmen.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Im Rahmen verschiedener „grenzüberschreitender“ Projekte zwischen BS/BL kommt es zu verschiedenen Konflikten u.a. über den Betrieb verschiedener grenzüberschreitender Linien / Fahrleistungen (insbesondere die Linien 10, 11, E11, 17). Die Argumentation stellt dabei jeweils auf den bestehenden Staatsvertrag über die Linien und Fahrleistungen von BLT / BVB zwischen BL/BS ab. Sollten bestehende Fahrleistungen / Linien von der BLT zur BVB verschoben werden, stellt sich die Problematik der „Stranded Investments“. Aufgrund der Langfristigkeit der Infrastruktur-Investitionen im Bahnbetrieb sind die bestehenden Investitionen in Depot und Rollmaterial langfristig ausgelegt. Die Investitionsentscheide basieren dabei auf den bestehenden Linien und Fahrleistungen sowie einem zu erwartenden Wachstum. Sollten diese nun entgegen der eigentlichen Planung wegfallen, bestehen Überkapazitäten, die als Fixkosten bestehen bleiben, aber nicht mehr entsprechend amortisiert werden können. Zudem sind die zu erwartenden Betriebskosten der BVB für die Fahrleistungen wohl höher als jene der BLT, was die Kosten für die Besteller (u.a. Kanton BL) ansteigen lassen würde. Dies würde jährlich wiederkehrende Mehrkosten (im Sinne einer höheren Abgeltung für die erbrachten Leistungen im öffentlichen Verkehr) für die Besteller bedeuten.

Landratsgeschäfte 2014/2015

- Vorlage: Netzdesign Tramnetz 2020 ([2014-276](#))
- Vorlage: Binningen, BLT Linie 10/17, Ausbau Doppelspurtrasse Spiesshöfli und Instandsetzung Bottmingerstrasse, Abschnitt Gorenmattstrasse bis Liegenschaft Bottmingerstrasse 5/7; Projektierungskreditvorlage ([2014-262](#))
- Vorlage: Wahl von zwei Mitgliedern des Landrats in den Beirat der BLT Baselland Transport AG für die Amtsperiode 2014 – 2018 ([2014-141](#))
- Vorlage: Abrechnung der grenzüberschreitenden ÖV-Linien BS-BL für das Jahr 2012 ([2014-185](#))
- Vorlage: Nomination eines Mitglieds des Landrates in den Verwaltungsrat der BLT Baselland Transport AG für die Amtsperiode 2014-2018 ([2013-467](#))
- Motion: Revision oder ggf. Ersatz der Vereinbarung über die Basler Verkehrs-Betriebe und die BLT Baselland Transport AG; Staatsvertrag 480.1 vom 26. Januar 1982 ([2013-339](#))
- Postulat: Prüfung eines Zusammenschlusses von BVB und BLT ([2013-306](#))

Berichterstattung/Information an den Landrat

- Keine explizite Berichterstattung an den Landrat

4.2 Basellandschaftliche Gebäudeversicherung (BGV)

Basellandschaftliche Gebäudeversicherung (BGV)

Beurteilung Geschäftsjahre 2014/2015: wichtige Entwicklungen bei der BGV

Im Jahr 2014:

Überarbeitete Brandschutzvorschriften

Seit dem 1. Januar 2015 gelten in der Schweiz die überarbeiteten Brandschutzvorschriften. Sie bewirken wesentliche Erleichterungen – speziell auch für KMU.

Arbeitsgruppe Brand- und Elementarschadenprävention

Der Regierungsrat hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die ein Gesetz für die Brand- und Elementarschadenprävention vorbereitet. Hauptziel ist die Stabilisierung der Elementarschäden, um weiterhin tiefe Prämien zu ermöglichen. Das Gesetz geht im Verlauf des Jahres 2015 in die Vernehmlassung.

Feuerwehrgesetz

Seit dem 1. Januar 2014 ist das Feuerwehrgesetz mit den zugehörigen Verordnungen und den Reglementen in Kraft. Auf der Grundlage des neuen Gesetzes, finanziert die BGV die persönliche Ausrüstung der Feuerwehrleute vollständig. Ausserdem werden die Gemeinden beratend unterstützt und erhalten Subventionen.

Logistikzentrum Reinach

Im Auftrag der BGV betreibt die Gemeinde Reinach ein Logistikzentrum, das zugunsten der Feuerwehren Basel-

Landschaft die Auslieferung, die Rückgabe, den Umtausch, die Lagerung und die Reparatur der persönlichen Feuerwehrausrüstung übernimmt. Die Finanzierung wird durch die BGV geleistet.

International Fire Academy

Die Internationale Fire Academy hat das erste Fachbuch, das Brandeinsätze in Strassentunneln umfassend behandelt, herausgegeben. Das Werk eines zwölfköpfigen Autorenteam, dem auch Mitarbeiter der BGV angehören, stösst im Inland wie im Ausland auf grosses Interesse und Anerkennung.

Büro Laufen

Im Jahr 2014 richtete das Schätzungswesen der BGV, nach Oberwil, einen zweiten Aussenstandort in Laufen ein.

Für das Jahr 2015:

Feuer- und Elementarschadenversicherung

Das Prämiensystem wird durch ein Projektteam überarbeitet.

Grundstückversicherung

Mit dem heutigen Prämiensystem wird die Finanzierung der Grundstückversicherung langfristig schwierig sein. Es soll eine zukunftsgerechte, neue Lösung entwickelt werden.

Anlagestrategie Finanzen und Immobilien

Die Anlagestrategie wird überarbeitet.

Bauprojekte

Bauprojekte werden planmässig vorangetrieben.

Wasserschadenversicherung

Die Wasserschadenversicherung wird durch ein Projektteam überarbeitet.

Sachversicherungsgesetz

Mit dem Ziel das Sachversicherungsgesetz zu überarbeiten, findet ein erstes Arbeitsgruppen Kickoff-Meeting statt.

Büro Oberbaselbiet

Erste Standort-Evaluation für das Schätzer Büro Oberbaselbiet soll vorgenommen werden.

Unternehmenseckwerte	R 2011	R 2012	R 2013	R 2014
Anzahl Mitarbeitende	62	63	61	62
Versicherungskapital in Mia. Fr.				
Feuer- / Elementarschaden	78,4	79,5	84,7	85,7
Wasserschaden	54,6	55,0	56,9	58,3
Schäden in % der Prämien				
Feuer und Elementar	77	50	8	23
Wasser	75	115	72	69
Jahresgewinn (-verlust) in Mio. CHF				
Feuer und Elementar		28,8	42,9	35,7
Wasser		1,3	7,7	7,4
Gebäude		1,5	2,3	2,0
Intervention		-3,3	1,1	0,1
Brandschutz		-2,1	-0,3	-0,6
Elementarschadenpräventiv.		-0,8	-0,6	-0,7
AS+GS		-0,2	0	-0,1
Bilanzsumme in Mio. CHF	564,64	590,90	602,29	634,27
Beiträge zum Brandschutz in TCHF	865	923	1'078	1'107
Subventionen Feuerwehr in TCHF	5'595,1	8'980,2	5'044,6	5'399,0

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der BGV
<ul style="list-style-type: none"> Das Sachversicherungsgesetz wird überarbeitet. Das neue Präventionsgesetz mit Brandschutzvorschriften (BEPG) wird voraussichtlich per 01.01.2017 in Kraft treten. Laufende Prozessoptimierungen: Der Verband Kantonalen Feuerversicherer vergleicht jährlich die Verwaltungskosten im Verhältnis zum Versicherungskapital der Kantonalen Gebäudeversicherungen. In der Statistik für das Jahr 2013 hatte die BGV im 10-Jahresdurchschnitt die Spitzenposition mit den günstigsten Verwaltungskosten inne.
Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung
<ul style="list-style-type: none"> Wettbewerb Wasserschadenversicherung: Die Gebäudewasserschadenversicherung welche durch die BGV angeboten wird, wird verstärkt im Wettbewerb mit der Privatassekuranz stehen. Internationale Entwicklungen: Das Monopol wird immer wieder verteidigt werden müssen (Bsp. Dienstleistungsabkommen CH-EU).
Beurteilung Risiko aus Kantonssicht
<p>Die Basellandschaftliche Gebäudeversicherung (BGV) ist eine selbstständige, öffentlich-rechtliche Institution, deren Monopol im Bereich der Feuer- und Elementarschadenversicherung für Gebäude und Grundstücke rechtlich verankert ist. Daneben hat sie einen Marktanteil von rund 70% auf dem Gebiet der Wasserversicherungen für Gebäude (Kanton BL) und erbringt Dienstleistungen und Subventionen in folgenden Bereichen: Brandschutz- und Elementarschadenprävention, Feuerwehrwesen, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz. Die Haftung des Kantons ist per Gesetz ausgeschlossen. Eine implizite Staatshaftung kann aber kaum ausgeschlossen werden (personelle Verflechtungen, Ernennung der Kontrollstelle, Kontrolle durch die Finanzkontrolle und die gesetzlich verankerte Monopolstellung liefern genügend Ansatzpunkte für eine Begründung). Die BGV ist finanziell gut aufgestellt und dürfte auch die Folgen grösserer Elementarereignisse abdecken können (die finanzielle Tragkraft wird periodisch durch Externe geprüft). Eine allfällige Auflösung der Interkantonalen Risikogemeinschaft Elementar (IRG) würde temporär die Tragkraft der BGV reduzieren, ist zurzeit allerdings eher unwahrscheinlich. Bei einer Aufhebung der Monopolstellung bestünde das Risiko von nicht unerheblichen Mehrkosten für den Kanton.</p>
Landratsgeschäfte 2014/2015
<ul style="list-style-type: none"> keine
Berichterstattung/Information an den Landrat
<ul style="list-style-type: none"> Genehmigung des Jahresberichts durch den Landrat (2014-040_03)

4.3 Basellandschaftliche Kantonalbank (BLKB)

Basellandschaftliche Kantonalbank (BLKB)				
Beurteilung Geschäftsjahre 2014/2015: wichtige Entwicklungen bei der BLKB				
<ul style="list-style-type: none"> Mit einem Neugeldzuwachs von CHF 202 Mio. hat die BLKB im Geschäftsjahr 2014 das Vorjahr 2013 (CHF 487 Mio.) deutlich übertroffen. Der Erfolg aus dem Zinsengeschäft hat im Geschäftsjahr 2014 gegenüber dem Vorjahr um 3.4% auf CHF 269.0 Mio. zugenommen. Trotz der anhaltenden Nullzinspolitik der Schweizerischen Nationalbank, der hohen Absicherungskosten für Zinsänderungsrisiken und der verschärften Liquiditätsvorschriften konnte das Zinsergebnis gesteigert werden. Das gute Jahresergebnis 2014 erlaubt es der BLKB, den Reserven für allgemeine Bankrisiken CHF 42 Mio. zuzuweisen. Ihr Eigenmitteldeckungsgrad nach Basel III beträgt 210.7%, was einem Tier I von 19% entspricht. Damit ist die BLKB hervorragend kapitalisiert. Der Jahresgewinn ist um 3.1% auf CHF 115.8Mio. gestiegen. Im Sinne einer guten Public Corporate Governance fand für die Bankratswahlen 2015 zum ersten Mal eine öffentliche Ausschreibung statt. 				
Unternehmenseckwerte	R 2011	R 2012	R 2013	R 2014
Anzahl Mitarbeitende (FTE)	658	654	657	636
Kundengelder in Mio. Fr. (in Spar- und Anlageform)	8'765	9'371	9'964	10'474
Hypothekarforderungen in Mio. Fr.	14'394	15'010	15'973	16'709

Jahresgewinn in Mio. Fr.	109.0	111.9	112.3	115.8
Bilanzsumme in Mio. Fr.	18'742	19'241	20'523	21'751
Total Ausschüttung an den Kanton inkl. Abgeltung Staatsgarantie in Mio. Fr. und Verzinsung Dotationskapital	53.1	53.0	52.4	54.0
Tier 1 Ratio	16.7%	16.7%	18.7%	19.0%
Cost Income Ratio	43.82%	43.40%	44.86%	43.83%

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der BLKB

Die BLKB wird ihre nachhaltige und risikokontrollierte Geschäftspolitik weiterführen. Es sind keine Aktivitäten geplant, die das Risikoprofil der BLKB wesentlich verändern.

Im Frühjahr 2014 wurde das Geschäftsleitungsmitglied für den Geschäftsbereich „Private Kunden“ O. Cueni pensioniert. In diesem Zusammenhang wird die Zweckmässigkeit der Organisation überprüft. Insbesondere die rasch wachsende Zunahme der mobilen Bedürfnisse (e-banking, mobile banking) wird zu einer Veränderung der Betriebsorganisation führen. Die Investitionen im Bereich „Mobile Banking“ werden stark im Fokus stehen.

Der starke Kostendruck sowie die Zunahme der regulatorischen Anforderungen werden zu weiteren Steigerungen im Bereich Prozesseffizienz führen. In diesem Zusammenhang wird das Partnermanagement (mit welchen Partnern arbeitet die BLKB) stark an Gewicht zunehmen.

Eine Überarbeitung des Kantonalbankgesetzes steht an.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Das Geschäftsmodell der BLKB als Universalbank steht im Moment vor zahlreichen Herausforderungen.

Das makroökonomische Umfeld, gekennzeichnet durch die Nullzins-Politik der SNB sowie einen stark boomenden Hypothekarmarkt, stellen hohe Anforderungen an das Bankmanagement. Mit einem Ergebnisbeitrag von über 75% des Bruttogewinnes wirkt sich eine Verringerung des Zinsensaldos besonders stark auf den Reingewinn der BLKB aus. Im Umfeld einer Nullzinspolitik gerät die Zinsmarge insbesondere auf der Passivseite deutlich unter Druck; dieser Margenschwund lässt sich nur schwer über die Ausweitung der Aktivmarge kompensieren. Eine Neutralisation dieses Margendrucks durch ein starkes Volumenwachstum ist für die BLKB keine Option. Auch im vergangenen Geschäftsjahr ist die BLKB, aufgrund ihrer vorsichtigen Risikopolitik leicht unter dem Marktwachstum CH gewachsen. Auch in Zukunft wird die BLKB ein gesundes, nachhaltiges und qualitätsorientiertes Wachstum anstreben. Anhand einer konsequent risikoadjustierten Performancemessung macht die BLKB nur Geschäfte, aus denen nach Abzug von Prozess- und Risikokosten ein Gewinnbeitrag resultiert.

Auf regulatorischer Seite warten zahlreiche Anforderungen auf ihre Umsetzung.

Das neue Liquiditätsregime der FINMA, konkretisiert in einem FINMA-Rundschreiben, stellt hohe Anforderungen an die zukünftige Liquiditätsausstattung an Banken sowie an das qualitative Risikomanagement. Die Umsetzung dieser Anforderungen ist mit impliziten und expliziten Kosten verbunden. Die BLKB bereitet sich seit geraumer Zeit proaktiv auf diese neue Regulierung vor, z.B. in Form einer Teilnahme an einer „Qualitative Impact Study“ (QIS) der FINMA. Erkenntnisse aus dieser Studie werden frühzeitig in die operative Steuerung einfließen.

Der noch unbewältigte Steuerkonflikt zwischen den Schweizer Banken und den USA sowie das durch die Schweiz zu ratifizierende FATCA-Abkommen werden das Crossbordergeschäft der Banken nachhaltig beeinflussen. Die BLKB hat sich durch ihr fokussiertes Geschäftsmodell und ihre nachhaltige Strategie im Crossbordergeschäft erfolgreich auf den Paradigmawechsel in der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung vorbereitet.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Die BLKB ist in erster Linie im Kredit- und Zinsgeschäft tätig. Entsprechend finden sich die grössten Risiken für den Kanton als Haupteigentümer in diesem Bereich. Dabei gilt zu unterscheiden zwischen einem Kreditausfall im grösseren Stil (wie dies bei der Berner oder Genfer Kantonalbanken in der Vergangenheit vorgefallen ist) und dem Zinsänderungsrisiko, welches die Marge / den Gewinn der BLKB schmälert. Bei ersterem wäre der Kanton aufgrund seiner Staatsgarantie stark betroffen und müsste wohl entsprechendes Kapital einschiessen (vergleiche auch hier die Fälle Berner und Genfer Kantonalbank). Im zweiten Fall wäre tendenziell eher die Ausschüttung der BLKB an den Kanton tangiert. Neben dem Kredit- und Zinsgeschäft ist im momentanen Umfeld der Finanzwirtschaft das Thema Compliance von zentraler Bedeutung. Die Einhaltung von (internationalen) Gesetzen und Vorschriften ist zentral, eine Missachtung kann enorme Auswirkungen auf das Geschäft und den Eigentümer haben (als Beispiel hierfür kann die Bank Wegelin aufgeführt werden). Aus momentaner Betrachtung sind die oben aufgeführten Risiken zwar vorhanden und haben insbesondere im Bereich eines Kreditausfalls auch substantielle Bedeutung. Aufgrund

der momentanen Lage an den Finanzmärkten, der Ausgestaltung der Bilanz der BLKB sowie den Wachstumszahlen des Kreditgeschäfts ist das Risiko momentan jedoch als gering zu betrachten. Dies widerspiegelt sich auch im momentanen Stand Alone (ohne Staatsgarantie des Kanton BL) Rating von S&P welches mit AA- einen sehr hohen Wert in der momentanen Bankenlandschaft darstellt. Gleiches gilt für den Bereich Compliance. Hier ist man momentan sehr gut aufgestellt, mit den entsprechenden internen Kontroll- und Compliance Vorschriften. Es gilt aber aufgrund der schnellen Zyklen der Finanzbranche, die Risiken laufend zu überwachen und entsprechend neu zu beurteilen.

Landratsgeschäfte 2014/2015

- Vorlage: Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht für das Jahr 2014 der Basellandschaftlichen Kantonalbank ([2015-160](#))
- Vorlage: Betreffend Gesamterneuerungswahl des Bankrates der Basellandschaftlichen Kantonalbank (BLKB) ([2015-194](#))
- Vorlage: Rechtsgültigkeit der formulierten Gesetzesinitiative "Für einen unabhängigen Bankrat" ([2014-246](#))
- Vorlage: Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht für das Jahr 2013 der Basellandschaftlichen Kantonalbank ([2014-118](#))
- Motion: Aufhebung der Staatsgarantie der Basellandschaftlichen Kantonalbank ([2015-266](#))
- Motion: Änderung des Kantonalbankgesetzes (Gesetz über die Basellandschaftliche Kantonalbank): Wahl des Bankrates ([2015-224](#))
- Interpellation: Entschädigung des Präsidenten der Geschäftsleitung der Basellandschaftlichen Kantonalbank ([2014-021](#))
- Schriftliche Anfrage: Steuerprivilegierung und Opportunitätskosten der Basellandschaftlichen Kantonalbank (BLKB) ([2014-241](#))

Berichterstattung/Information an den Landrat

- Vorlage: Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht für das Jahr 2014 der Basellandschaftlichen Kantonalbank ([2015-160](#))
- Die Finanzkommission des Landrats wird über den Geschäftsgang und andere wichtige Angelegenheiten vertraulich orientiert

4.4 Basellandschaftliche Pensionskasse (BLPK)

Basellandschaftliche Pensionskasse (BLPK)

Beurteilung Geschäftsjahre 2014/2015: wichtige Entwicklungen bei der BLPK

Im Zentrum stand die fachliche Unterstützung des Regierungsrates im Zusammenhang mit den LRV [2012-176](#) (Reform BLPK) und LRV [2013-445](#). BLPK-intern wurden umfangreiche Vorbereitungen im Hinblick auf das Inkrafttreten der Reform in Angriff genommen.

Unternehmenseckwerte	R 2011	R 2012	R 2013	R 2014
Anzahl Mitarbeitende (Personalbestand)	31	28	27	28
Anzahl Vollversicherte <i>Veränderung ggü. Vorjahr</i>	23'523 +6.8%	23'831 +1.3%	23'939 +0.5%	23'919 -0.1%
Versicherte Jahreslöhne in Mio. Fr. <i>Veränderung ggü. Vorjahr</i>	1'331.0 +10.1%	1'357.4 +2.0%	1'363.0 +0.4%	1'366.0 +0.2%
Deckungsgrad konsolidiert (per Ende Jahre)	76.8%	80.1%	82.3%	110.0%
Aufwand (-) / Ertragsüberschuss (+) vor Reservebildung in TCHF		182'285	117'567	2'102'266
Bilanzsumme in TCHF	5'493'381	5'867'718	6'286'473	8'650'494
Tarif und techn. Zinssatz (Leistungsprimat)	EVK 2000, 4.0%	EVK 2000; 4.0%	EVK 2000; 4.0%	EVK 2000; 4.0%

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der BLPK

Das am 22. September 2013 vom Baselbieter Stimmvolk angenommene Pensionskassengesetz ist am 1. Januar 2015 in Kraft getreten und beinhaltet neben der Ausfinanzierung der BLPK auf 100% (System der Vollkapitalisierung) auch die Umwandlung der Kasse in eine Sammeleinrichtung sowie den Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat. Neu bildet grundsätzlich jeder angeschlossene Arbeitgebende ein eigenes Vorsorgewerk mit eigenem Vorsorgeplan aus dem Angebot der BLPK. Der Abschluss der Umsetzungsarbeiten zur Reform erfolgen im Verlauf des Jahres 2015.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Aufgrund der Prognosen ist auch weiterhin mit tiefen Anlageerträgen und einer weiter ansteigenden Lebenserwartung zu rechnen. Einer allfälligen weiteren Anpassung der Anlagestrategie und der versicherungstechnischen Parameter (Tarif und technischer Zinssatz) ist deshalb besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich dieser Zinssatz, wegen des tiefen Zinsniveaus und der tiefen Anlageerträge, im Bereich von 2.5 – 3% einpendeln wird.

Aufgrund der vom Bund im Rahmen der Altersvorsorge 2020 vorgesehenen Anpassungen bei der 1. und obligatorischen 2. Säule ist davon auszugehen, dass diese auch Auswirkungen auf die BLPK haben. Konkrete Beschlüsse wurden beim Bund jedoch noch nicht gefasst. Als umhüllende Kasse hat die BLPK aber bereits heute erste Massnahmen beschlossen (z.B. Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer auf 65 sowie die Senkung des Umwandlungssatzes).

Die berufliche Vorsorge ist seit über zehn Jahren mit einem Rückgang der durchschnittlichen Kapitalrendite konfrontiert. Die seit längerer Zeit anhaltend grosszügige Liquiditätsversorgung durch die Zentralbanken liess die Zinsen erneut tauchen. Der Zinssatz der 10-jährigen Bundesobligationen sank seit dem Jahr 2000 von rund 4% kontinuierlich und liegt derzeit (Ende Mai 2015) bei -0.04%. Die BLPK erzielte in den Jahren 2005 – 2014 im Schnitt eine durchschnittliche Performance von 3.9%. Die durchschnittliche jährliche Rendite des Pictet BVG-Indexes 2000 BVG-25, der in etwa ein typisches Anlageportfolio einer Schweizer Vorsorgeeinrichtung abbildet, betrug im gleichen Zeitraum 4.0%. Die Situation wird verschärft durch die stetige Erhöhung der Lebenserwartung, welche zur Folge hat, dass das Deckungskapital auf eine längere Zeitperiode aufgeteilt werden muss. Die Entwicklung der finanziellen Lage von Vorsorgeeinrichtungen ist mit Unsicherheiten behaftet und hängt im Wesentlichen von der mittel- bzw. langfristigen Entwicklung der Finanzmärkte ab. In dieser Hinsicht hat die Schuldenkrise die Ungewissheit verschärft. Seit Ende 2011 hat sich zwar die finanzielle Lage der Vorsorgeeinrichtungen etwas verbessert. Trotz dieser Stabilisierung kann noch keine Entwarnung gegeben werden. Die weltwirtschaftliche Lage mit den noch ungelösten Problemen der hohen Staatsverschuldung dies- und jenseits des Atlantiks könnte, wie auch geopolitische Entwicklungen, die Volatilität an den Finanzmärkten wieder erhöhen und sich negativ auf die Finanzerträge von Vorsorgeeinrichtungen auswirken. Der Anlagenotstand hat sich im gegenwärtigen Umfeld bisher nicht entspannt, im Gegenteil. Mit der Einführung der Negativzinsen durch die SNB und die EZB und der Aufhebung des EUR-Mindestkurses durch die SNB Mitte Januar 2015 hat sich die Situation weiter verschärft. Die Finanzmärkte sind anfällig für Korrekturen geworden, da die Bewertungen generell nicht mehr so attraktiv sind wie noch vor Jahresfrist. Die Wirtschaft wächst weiterhin nur schleppend und die Inflationszahlen notieren vor allem in Europa immer noch unter den Zielniveaus und damit an der Grenze zur Deflation. Mit einem raschen Zinsanstieg kann momentan nicht gerechnet werden. Für weitere Kursavancen an den Aktienmärkten benötigt es aber eine nachhaltige Verbesserung der Wirtschaftsdynamik in Europa sowie eine robuste Gewinnentwicklung bei den Unternehmen.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Mit der Verabschiedung des Pensionskassengesetzes (welches am 22. September 2013 vom Volk gutgeheissen wurde) ist die Basellandschaftliche Pensionskasse auf eine neue Grundlage gestellt worden. Die Anpassungen in den vier Schwerpunktbereichen Bundesrecht, Institutionelle Reformen, Ausfinanzierung der BLPK sowie Umstellung auf das Beitragsprimat führen zu wesentlichen Verbesserungen der Risikosituation im Allgemeinen (siehe hierzu LRV 2012-176). Basierend auf der neuen Ausgangslage konzentriert sich das Risiko insbesondere auf das Asset Management der Pensionskassen-Anlagen. Dementsprechend wird die Vermögensverwaltung eine grosse Herausforderung für die Pensionskasse darstellen. Dabei ist im speziellen auf drei Punkte hinzuweisen:

- das nach wie vor historische tiefe Zinsniveau und die damit verbundenen tiefen Renditeprognosen
- die steigende Lebenserwartung
- die mit der Ausfinanzierung zugeflossenen substantiellen finanziellen Mittel, welche in einem gewissen Zeitraum investiert werden müssen, um die definierten strategischen Quoten der verschiedenen Anlageklassen zu erreichen

Weitere Risiken lassen sich aufgrund des aktuellen Sanierungsprozesses noch nicht abschliessend beurteilen. Daher ist es sinnvoll, in periodischen Abständen eine Aktualisierung der Risiken im Bereich der Pensionskasse vorzunehmen.

Landratsgeschäfte 2014/2015
<ul style="list-style-type: none"> • Vorlage: betreffend des Postulats 2012-351 der BDP/GLP-Fraktion, der CVP/EVP-Fraktion, der FDP-Fraktion und der SVP-Fraktion: Verkürzung Kündigungsfrist auf 6 Monate bei der BLPK. (2015-138) • Vorlage: betreffend der Motion 2013-152 von Klaus Kirchmayr, Grüne Fraktion: Sanierung BLPK und die Gemeinden (2015-136) • Interpellation: Auswirkung der aktuellen Währungsentwicklung auf die BLPK (2015-043)
Berichterstattung/Information an den Landrat
<ul style="list-style-type: none"> • Vorlage: Geschäftsbericht 2013 der Basellandschaftlichen Pensionskasse (2014-190)

4.5 Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)

Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)

Beurteilung Geschäftsjahre 2014/2015: wichtige Entwicklungen bei der FHNW

Die FHNW entwickelte sich auch im Jahr 2014 im Rahmen der vorgesehenen Vorgaben des Leistungsauftrags 2012–2014 sehr gut. Die Studierendenzahl stieg 2014 weiter auf 10'534 und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 531. Dies entspricht einem Anstieg von plus 5 % nach Personen bzw. plus 6 % in Vollzeitäquivalenten (2013: 10'003 und 2012: 9'436).

Das finanzielle Ergebnis der FHNW weist per 31. Dezember 2014 bei einem Gesamtaufwand von CHF 450,4 Mio. einen Ertragsüberschuss von CHF 8,2 Mio. auf. Das Eigenkapital erhöht sich auf insgesamt CHF 31 Mio. Vereinbarungsgemäss werden CHF 15 Mio. dieser Reserven als Finanzierungsbeitrag der FHNW zum Leistungsauftrag 2015–2017 verwendet. Auch 2014 ist es der FHNW gelungen, die Trägermittel sorgsam und mit einer hohen Budgetgenauigkeit einzusetzen und gleichzeitig den Erfolg im Einwerben von Drittmitteln in der anwendungsorientierten Forschung, der Weiterbildung und den Dienstleistungen auszuweiten. Das gute Resultat zeigt, dass die Hochschule über eine effiziente und effektive Organisation verfügt.

Die finanziellen Ziele im Leistungsauftrag werden mit wenigen Ausnahmen erreicht und oft übertroffen. Der Selbstfinanzierungsgrad hat sich trotz höherer Infrastrukturkosten auf hohen 49,5 % gehalten. Die Durchschnittskosten für die Bachelor- und Masterstudiengänge konnten auch 2014 noch einmal leicht gesenkt werden. In der gesamten Leistungsauftragsperiode 2012–2014 konnte die FHNW ihre Durchschnittskosten um rund 5,2 % senken.

Auf der Ertragsseite ist die FHNW im Bereich der Weiterbildung weiterhin sehr erfolgreich unterwegs. Sie verzeichnet 2014 mit einer Erhöhung der Einnahmen von Drittmitteln auf CHF 54,2 Mio. einen hohen Anstieg (2013: CHF 42,6 Mio. und 2012: CHF 42,5 Mio.). Auch die Drittmittel für die Forschung konnten gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden (plus CHF 1,7 Mio. auf CHF 48,6 Mio.).

Unternehmenseckwerte	R 2011	R 2012	R 2013	R 2014
Anzahl Mitarbeitende (HC)	2447	2594	2673	2758
Stellen (FTE)	1713	1849	1913	1992
Anzahl Studierende (HC)	8894	9436	10'003	10'534
In FTE	7321	7414	7803	8257
Anzahl Stud. aus BL (HC)	1541	1691	1776	1849
Staatsbeiträge in Mio. Fr.				
AG	79	81	84	94
BL	53	59	61	68
BS	34	39	41	46
SO	29	32	34	37
TOTAL	195	211	219	245
Erfolgsrechnung in Fr.				
Aufwand	402'273'870	413'284'143	438'980'499	461'176'751
Ertrag	412'387'274	423'679'958	442'388'836	469'418'423
+Gewinn / -Verlust	+ 10'113'404	+ 10'395'815	+ 3'408'337	+ 8'241'672
Bilanzsumme in Fr.	96'037'960	114'208'526	134'457'665	135'526'154

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der FHNW

Das Portfolio der FHNW muss so gestaltet sein, dass die FHNW in einem finanzpolitisch zunehmend anspruchsvollen Umfeld den einsetzenden Systemveränderungen im Hochschulbereich (HFKG) aus einer Position der Stärke begegnen und gleichzeitig die spezifischen Bedürfnisse der Unternehmen und der Gesellschaft nach Fachkräften sowie nach Leistungen in Forschung und Entwicklung effizient und effektiv erfüllen kann. Der Leistungsauftrag 2015–

17, der am 10. Juni 2014 vom Regierungsrat zuhänden des Landrates verabschiedet wurde, ist auf diese Ziele hin ausgerichtet ([LRV 2014/199](#)).

Wichtige Grundlagen dafür wurden mit dem Leistungsauftrag 2012–2014 gelegt: Durch Vorgaben zur finanziellen Steuerung über gesamtschweizerisch gültige und damit vergleichbare Standardkostensätze und Deckungsgrade, zur kontrollierten, kontinuierlichen und differenzierten Entwicklung der Fachbereiche (Zulassungsbeschränkungen, Forschungsvolumen) und zur effizienten Bewirtschaftung der Infrastrukturen (Bezug von drei neuen Campusgebäuden, damit verbunden Restrukturierungen). Diese Rahmenvorgaben sollen auch nach 2015 gelten. Um den Wettbewerbsvorteil der FHNW als Multispartenhochschule verstärkt zur Geltung kommen zu lassen, wird die FHNW in der Leistungsperiode 2015–2017 insgesamt CHF 10 Mio. für Initiativen und Projekte in den vier strategischen Themenfeldern „Alternde Gesellschaft“, „Erzeugung, Distribution & nachhaltige Nutzung von erneuerbaren Energien“, „Naturwissenschaft, Technik und Informatik an der Volksschule“ und „Unternehmertum“ investieren. Diese hochschulübergreifenden und interdisziplinären Aktivitäten sollen fokussiert weiterentwickelt und nachhaltig umgesetzt werden. Von entscheidender Bedeutung für den Standort Basel-Landschaft der FHNW ist die zeitgerechte Realisierung des Campus-Neubaus in Muttenz.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Das neue Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) wird die heute bestehenden Grenzen zwischen den Universitäten und Fachhochschulen zunehmend verwischen. Bestehende Regulierungen im Fachhochschulbereich werden gelockert, die Finanzierungs- und Steuerungsprinzipien des Bundes und im interkantonalen Lastenausgleich denjenigen des universitären Bereichs angeglichen. Als Folge gewinnen die Autonomie und die Steuerungs- und Finanzierungsentscheide der kantonalen Hochschulträger noch mehr an Bedeutung.

Nach einer starken Wachstumsphase wird sich das System der Fachhochschulen in den nächsten Jahren konsolidieren. Der ‚Bildungsmarkt‘ wird aus verschiedenen Gründen kompetitiver: Aufgrund der demographischen Entwicklung flacht das Wachstum der Studierendenzahlen in den nächsten Jahren ab, was zu einem gewissen Verdrängungswettbewerb unter den Fachhochschulen bzw. deren Standortregionen führt. Gleichzeitig nimmt die Nachfrage des Arbeitsmarkts nach Absolvent/innen zu (Fachkräftemangel, Lehrerinnen- und Lehrermangel), und auch die qualitativen Anforderungen der Abnehmer an die Ausbildung, die Weiterbildung sowie die Forschung und Entwicklung steigen (Sicherung der Innovationsfähigkeit des Standorts Schweiz, technische Infrastrukturen, Internationalisierung von Aus- und Weiterbildung, Rekrutierung und Entwicklung des Hochschulpersonals).

Angesichts der Sparvorgaben für die öffentlichen Haushalte steigt der finanzielle Druck auf die Fachhochschulen.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Die gesetzlichen Veränderungen der Hochschulfinanzierung auf Stufe Bund in Kombination mit dem zu erwartenden Verdrängungswettbewerb im Fachhochschulbereich in den kommenden Jahren führen zu einer gewissen Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Einnahmen der FHNW bzw. den Ausgaben des Kantons (Verhältnis- von Eigen- und Fremdstudenten).

Die neuen Modelle bezüglich des Verteilschlüssels der Bundesgelder zwischen den Universitäten und den Fachhochschulen kommt der FHNW aus momentaner Sicht tendenziell entgegen. Die genaue Ausgestaltung ist jedoch noch offen, es besteht das Risiko, dass ein Modell zum Zug kommt, welches für die FHNW eher ungünstig ist. Dies könnte zu einer Kürzung der Bundesgelder führen. Klarheit über die neuen Finanzierungsmodelle wird spätestens 2020 bestehen, wenn gemäss HFKG auch die Artikel zur Finanzierung vom Bundesrat in Kraft gesetzt werden müssen.

Aus Perspektive des Hochschulmarktes ist zu erwarten, dass es, nach einer relativ langen Wachstumsphase sämtlicher FH's, zu einem Verdrängungswettbewerb der Fachhochschulen kommen wird. Aus Perspektive Kanton ist in finanzieller Hinsicht das Verhältnis von Eigen- und Fremdstudierenden an der FHNW von Interesse, da der Kanton entsprechend vergütet wird, wenn kantonsfremde Studenten an der FHNW studieren, bzw. entsprechende Vergütungen an die anderen Kantone ausrichten muss für Studenten aus dem Kanton BL.

Aufgrund dieser Unsicherheiten ist es sinnvoll, diese Veränderungen aktiv zu überwachen. Das finanzielle Risiko ist entsprechend leicht erhöht.

Landratsgeschäfte 2014/2015

- Vorlage: Bericht zum Postulat [2012/362](#) von Christoph Buser, FDP-Fraktion: „Fachhochschule Nordwestschweiz: Ist das Promotionsrecht für die FHNW wirklich wünschenswert?“ ([2015-032](#))
- Vorlage: Bericht zum Postulat [2012/361](#) vom 29. November 2012: Fachhochschule Nordwestschweiz: Spar-Anreize dank einheitlichem Kosten-Management und -Controlling über die einzelnen Studiengänge und über alle neun Hochschulen ([2014-361](#))
- Vorlage: Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat) ([2014-253](#))
- Bericht über die Erfüllung des Leistungsauftrags für das Jahr 2013 ([2014-167](#))
- Postulat: Viel Theorie und Forschung, wenig Praxis ([2014-020](#))
- Postulat: Fachausbildung der Sek I - Lehrkräfte an der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz ([2014-019](#))

- Interpellation: Selbstfinanzierungsgrade der Uni und der FHNW in den verschiedenen Fakultäten/Abteilungen ([2015-275](#))

Berichterstattung/Information an den Landrat

- Vorlage: Fachhochschule Nordwestschweiz; Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2015-2017 ([2014-199](#))
- Der Budgetbericht 2015 der FHNW wird von der IPK am 22. April 2015 behandelt und zur Kenntnis genommen. Als nächstes wird die Berichterstattung 2014 der FHNW, welche den Bericht zum Jahresabschluss 2014 sowie den Bericht zur Erfüllung der Leistungsauftrags 2012–2014 (LRV [2015-235](#)) umfasst, dem Landrat während des 2. Halbjahres 2015 zur Behandlung unterbreitet. Die interparlamentarische Kommission der FHNW (IPK) beschäftigt sich in ihrer Sitzung vom 22. Juni 2015 mit der Berichterstattung 2014. Zudem wird der IPK im 2. Halbjahr die halbjährliche Berichterstattung der FHNW zur Kenntnisnahme vorgelegt.

4.6 Kantonsspital Baselland (KSBL)

Kantonsspital Baselland (KSBL)

Beurteilung Geschäftsjahre 2014/2015: wichtige Entwicklungen beim Kantonsspital Baselland

Der im 2014 vollzogene Führungswechsel (CEO und VR) führte im KSBL weitestgehend zu einer Stabilisierung. Anfang Mai wählte der Regierungsrat drei neue Mitglieder und einen neuen Präsidenten des Verwaltungsrats. Regierungsrat Thomas Weber trat im Sinne einer glaubwürdigen Public Corporate Governance aus dem Gremium zurück. Mit Blick auf die Eigentümerstrategie des Regierungsrats verabschiedete der Verwaltungsrat eine neue Unternehmensstrategie für das Kantonsspital Baselland. Im September 2014 wurde Jürg Aebi als vom Verwaltungsrat definitiv zum neuen CEO ernannt.

Die finanziellen Ziele im 2014 blieben unerreicht. Das im Jahresverlauf wiedergewonnene Vertrauen seitens Patienten und zuweisenden Ärzten konnte die negative Fallzahlentwicklung von Anfang Jahr nicht mehr kompensieren. Seit September zeigt die Anzahl der Patientenbehandlungen eine steigende Tendenz.

Die vorgenommene Bewertungskorrektur im Bereich der Immobilien (Abschreibung der zum Zeitpunkt der Verselbstständigung überbewerteten Liegenschaften) belastete das Geschäftsjahr 2014.

Im 2015 stellen wir ein weiterhin gesteigertes Vertrauen seitens Patienten fest. Die Leistungsentwicklung ist weiterhin positiv. Zu reduzierten Preisen (Baserate) wird ein besseres finanzielles Ergebnis als im Vorjahr angestrebt.

Unternehmenseckwerte	R 2012	R 2013	R 2014	R 2015
Anzahl Mitarbeitende (FTE)	3'574 (2'811)	3'517 (2'776)	3'651 (2'920)	
Pflegetage (total)	250'842	234'768	222'590	
Case Mix Index	0.969	0.974	0.973	
Erfolgsrechnung in Tsd. Fr.				
Aufwand	465'200	462'916	494'266	
Ertrag	466'715	464'867	465'703	
+Gewinn / -Verlust	1'515	1'951	-28'563	
Bilanzsumme	334'331'894	342'943'155	307'854	
Anlagedeckungsgrad 1	66.6	68.3	63.9	
Anlagedeckungsgrad 2	153.1	156.2	168.5	
Eigenfinanzierungsgrad	37.2	36.8	32.1	
Liquiditätsgrad II	265.8	263.9	304.1	
G-Leistungen in Mio. CHF bezahlt durch BL	13.19	12.21	14.9	
Fallpauschale in Mio. CHF bezahlt durch BL	124.39	121.25	118.94	

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre beim Kantonsspital Baselland

- Das KSBL als ein Unternehmen: Der angestrebte Erfolg ist nur zu erreichen, wenn das Standortdenken überwunden werden kann und das KSBL als einheitliches Unternehmen gelebt wird. Bekanntlich ist im Fusionsprozess der Weg zu einer einheitlichen Unternehmenskultur ein langer. Mit einem auf die Mitarbeitenden ausgerichteten Changemanagement soll die gemeinsame Kultur gefördert werden.

- Positionierung am Markt: Mit drei aufeinander abgestimmten Leistungsprofilen positioniert sich das KSBL mit den drei Standorten erfolversprechend. Die Profile nutzen die standortspezifischen Vorteile. Sie fördern die sinnvolle Zusammenarbeit zwischen den Standorten und schaffen die Voraussetzung für höchstmögliche Qualität in der Leistungsversorgung. Die Strategie orientiert sich am Spitalgesetz und an der Eigentümerstrategie, welche die Aufrechterhaltung aller drei Standorte, die Schaffung überregionaler attraktiver Leistungsbereiche fordert. Die Grundversorgung, angepasst an den kantonalen Leistungsauftrag, ist an allen drei Standorten garantiert.
- Leistungsauftrag: Das KSBL verfügt auf der Basis der geltenden gesetzlichen Bestimmungen (Bundesgesetz über die Krankenversicherung, Spitalgesetz und Spitalliste des Kantons BL) über einen Leistungsauftrag des Standortkantons BL, der alle für die Leistungserbringung relevanten Bereiche umfasst. Beim Erlass der Spitalliste sind für einzelne Teilbereiche nur befristete Leistungsaufträge erteilt worden. Hier geht es auch für das KSBL darum, in den nächsten Jahren mit der Erfüllung der entsprechenden Anforderungen diese Leistungsaufträge definitiv zu erlangen.
- Tarifrisko: Das Bundesverwaltungsgericht hat den Tarifentscheid an die Vorinstanz (Kanton BL) zurückgewiesen. Nach wie vor fehlt dem KSBL eine gesicherte tarifliche Grundlage im Bereich der stationären Leistungserbringung, was eine hohe Planungsunsicherheit zur Folge hat.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

- Verdrängungswettbewerb unter den Leistungserbringern: Die Überversorgung in der Region Nordwestschweiz führt zu einem verstärkten Verdrängungswettbewerb. Daraus abzuleiten ist ein immer stärker werdender Kostendruck. Das KSBL wird die Prozesse permanent optimieren und entsprechend an die Gegebenheiten anpassen.
- Verlagerung vom stationären in den ambulanten Bereich: Die Entwicklung von der stationären Behandlung hin zur ambulanten Versorgung wird sowohl medizinisch verstärkt gefordert, als auch vom Markt (den Patienten) gewünscht. Dies wiederum hat eine Prozessanpassung in der Kette der Leistungserbringung zur Folge und nicht zuletzt auch eine Anpassung der Infrastruktur.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Das Gesundheitswesen ist eine stark regulierte Branche, welche sich momentan in einer Zwischenphase befindet. Veränderungen bezüglich der Tarifstrukturen und Unklarheiten bei der Preisfindung prägen schweizweit die aktuelle Agenda der Spitäler und Versicherer. Hier bestehen deshalb auch nach wie vor grosse Unsicherheiten. Aufgrund des grossen, umfassenden Leistungsauftrages besteht für ein Zentrumsspital wie das KSBL in erhöhtem Masse das Risiko, dass die Tarife unter SwissDRG künftig zu niedrig ausfallen könnten. Dies aufgrund der Tatsache, dass das KSBL (analog zu den Universitätsspitalern) keine vollständige Risikoselektion vornehmen kann und will. Die Refinanzierung der Infrastruktur steht ebenfalls in engem Zusammenhang mit den Tarifstrukturen. Seit 2012 werden alle Spitäler im Rahmen der neuen Leistungsfinanzierung gleich behandelt, wobei aktuell noch nicht abschliessend beurteilt werden kann, ob dieser Finanzierungsanteil für die Spitäler auch in längerer Frist ausreichend ausfallen wird. Geplant ist zudem die Finanzierung der langfristigen Infrastruktur über den Kapitalmarkt. Da dies sowohl für die Spitäler wie auch für die Kapitalgeber Neuland ist, kann nicht abgeschätzt werden, wie und ob dieser Markt spielt. Die Konkurrenz profitiert von der eigenen stabilen Position einerseits und andererseits von der Verunsicherung im KSBL. Die ausserkantonalen Leistungserbringer fahren eine expansive Strategie. Im ambulanten Bereich wird der Markt von anderen Playern besetzt. Das Verlieren von Marktanteilen könnte für das KSBL einerseits einen Reputationsschaden zur Folge haben, andererseits wären damit verbundene negative finanzielle Konsequenzen zu erwarten.

Landratsgeschäfte 2014/2015

- Vorlage: Bericht der Petitionskommission an den Landrat betreffend Petition "Rettet das Bruderholzspital" ([2015-167](#))
- Vorlage: Bericht zum Postulat von Andreas Giger-Schmid: "Zukunftgerichtete Gesundheitsversorgung im Laufental" ([2013/448](#)) ([2014-247](#))
- Vorlage: Bericht der Petitionskommission an den Landrat zur Petition von Patientinnen und ihren Angehörigen für eine gute Gesundheitsversorgung für Frauen und Babys am Kantonsspital Baselland ([2014-203](#))
- Vorlage: Geschäftsbericht und Jahresrechnung des Kantonsspitals Baselland für das Betriebsjahr 2013 ([2014-195](#))
- Vorlage: Bericht der Petitionskommission zur Petition "Pro Geburtsstation Kantonsspital Laufen" ([2014-111](#))
- Postulat: Koordinierte Personalpolitik in der Spitalpolitik Basel-Landschaft / Basel-Stadt ([2015-210](#))
- Postulat von Sven Inäbnit, FDP-Fraktion: Angebote der hochspezialisierten Medizin (HSM) in der Region sichern! ([2015-152](#))
- Postulat: Strategieüberprüfung Kantonsspital Baselland ([2014-065](#))
- Postulat: Akute Führungskrise im Kantonsspital Baselland - Einsetzen eines Übergangsverwaltungsrats ([2014-064](#))
- Postulat: Absetzung des Verwaltungsratspräsidenten des Kantonsspitals Baselland Dieter Völlmin ([2014-063](#))
- Postulat: Stopp dem Spital-Wettrüsten auf Kosten der Steuer- und Prämienzahler ([2013-454](#))
- Postulat: Für ein zukunftsweisendes Spitalkonzept betreffend Universitätsspital beider Basel ([2012-248](#))
- Motion: Erarbeitung einer kantonalen eHealth-Strategie - für eine koordinierte und vernetzte Gesundheitsversor-

- gung im Kanton Baselland ([2015-205](#))
- Motion: Teilrevision des Spitalgesetzes ([2015-077](#))
- Motion: Harmonisierung der Spitalisten in den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt ([2012-279](#))
- Interpellation: Kick-backs im Spitalwesen? ([2015-084](#))
- Interpellation: Zu hohe Baserate im Kanton Baselland ([2014-331](#))
- Interpellation: Finanzierung des Investitionsbedarfs des Kantonsspitals und Psychiatrie Baselland durch den Kanton Basel-Landschaft? ([214-294](#))
- Interpellation: Gründe für die Kostenexplosion bei den Spitalkosten ([2014-212](#))
- Interpellation: Kantonsspital Baselland: Wo bleibt die Unterstützung für die Strategie des Kantonsspitals Baselland? ([2014-069](#))
- Interpellation: Kantonsspital: Wie hängen Eignerstrategie und Erwerb resp. Erhalt der HSM in Liestal zusammen? ([2013-450](#))
- Schriftliche Anfrage: Spitalregulierung der Kantone: Von den Besten lernen ([2014-027](#))

Berichterstattung/Information an den Landrat

- Vorlage: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2014 des Kantonsspitals Baselland ([2015-222](#))
- Vorlage: Geschäftsbericht und Jahresrechnung des KSBL für das Betriebsjahr 2013 ([2014-195](#))

4.7 Psychiatrie Baselland (PBL)

Psychiatrie Baselland (PBL)

Beurteilung Geschäftsjahre 2014/2015: wichtige Entwicklungen bei der PBL

Gesamtarbeitsvertrag auf gutem Weg

Die Psychiatrie Baselland und das Kantonsspital Baselland haben gemeinsam mit den Gewerkschaften über einen neuen GAV verhandelt. Aus Sicht der Arbeitgeber waren die Verhandlungen hart, aber konstruktiv und konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Der Verwaltungsrat hat den GAV im Februar 2015 bereits genehmigt. Die Arbeitnehmerorganisationen müssen ihn noch verabschieden; er soll per 1. Januar 2016 in Kraft treten.

Neue Tarifstruktur noch in der Entwicklungsphase

Behandlungen in der stationären Psychiatrie werden heute mittels Tagespauschalen vergütet. Das bisherige Tarifsystem soll durch eine neue nationale Tarifordnung abgelöst werden. Sie nennt sich TARPSY (Tarifsystem Psychiatrie) und soll leistungsorientiert sein, einfach in der Anwendung, manipulationsresistent und Fehlanreize möglichst verhindern. TARPSY steckt noch in der Entwicklung und soll 2018 eingeführt werden. Die Psychiatrie Baselland musste ihre Mitarbeit im Pilotprojekt 2014 aufgrund anderer Projekte vorübergehend sistieren, nimmt ab 2015 wieder daran teil.

Erwachsenenpsychiatrie formell eingeführt

Das 2013 lancierte Projekt Erwachsenenpsychiatrie wurde weiter vorangebracht. In der neuen Erwachsenenpsychiatrie vereinigt die Psychiatrie Baselland die stationäre Versorgung in der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, die ambulante und teilstationäre Behandlung in den Ambulatorien und Tageskliniken sowie die Leistungen der Ambulatorien für Abhängigkeitserkrankungen. Der Verwaltungsrat hat das neue Organisationsreglement und Organigramm per 1. Oktober 2014 formell in Kraft gesetzt (siehe Seiten 11, 13 und 28). Gleichzeitig ernannte er Prof. Dr. Joachim Küchenhoff zum Direktor Erwachsenenpsychiatrie.

Projekt für Ersatzbau Kinder- und Jugendpsychiatrie kommt voran

Das Zürcher Architekturbüro «phalt» hat den Projektwettbewerb für den Neubau der Kinder- und Jugendpsychiatrie an der Goldbrunnenstrasse in Liestal gewonnen. Ende März 2014 wurde mit einer Medienmitteilung darüber informiert. Der Neubau für die ambulante und stationäre Betreuung in unmittelbarer Nähe zur zentralen Infrastruktur der Psychiatrie Baselland ist nötig, weil die bisher genutzten Räume an der Goldbrunnenstrasse ersetzt werden müssen. Das Vorprojekt wurde im Oktober abgeschlossen. Der Bezug des neuen Gebäudes ist für 2017 geplant.

Langzeitpatienten wechseln in Alters- und Pflegeheim

Ältere psychiatrische Langzeitpatienten sollen nicht in einer Klinik, sondern in einem für sie geeigneteren Wohnheim leben können. Zu diesem Zweck arbeitet die Psychiatrie Baselland mit der Stiftung Alters- und Pflegeheime Binningen zusammen. Diese hat an ihrem neu gebauten Standort Schlossacker im September 21 Langzeitpatienten der Psychiatrie Baselland aufgenommen. Die ärztliche und pflegerische Konsiliar- und Liaisonstätigkeit wird weiterhin von der Psychiatrie Baselland wahrgenommen. Massgeblich mitorganisiert in der Psychiatrie Baselland wurde diese erfolgreiche Kooperation von Katharina Hauri und Heini Wernli. Die Zusammenarbeit mit dem «Schlossacker» ist beispielhaft für weitere ähnliche Modelle in der Langzeitpsychiatrie.

Abgeltung für Notfallversorgung, Tagesklinik und andere gemeinwirtschaftliche Leistungen

Der Kanton Basel-Landschaft entgelt die gemeinwirtschaftlichen und besonderen Leistungen der Psychiatrie Baselland mit jährlich acht Millionen Franken. Dieser Beitrag wurde in einer Leistungsvereinbarung vom Kanton für die Jahre 2014 bis 2016 zugesichert.

Tarife mit der Tarifsuisse AG noch nicht definitiv festgesetzt

Mit der HSK – der Einkaufsgemeinschaft der Versicherer Helsana, Sanitas und KPT – hat sich die Psychiatrie Baselland über einen Tarifvertrag 2014 und 2015 einigen können. Im Festsetzungsverfahren mit der Tarifsuisse AG zu den Tarifen 2012 und 2013 hat das Bundesverwaltungsgericht bis Ende 2014 noch keinen Entscheid gefällt. Verhandlungen für 2014 waren wiederum gescheitert. Die Tarife 2014 wurden darum vom Regierungsrat Basel-Landschaft vorsorglich festgesetzt.

Sehr gute Qualität – zufriedene Patienten

Bei den Qualitätsmessungen des Vereins für Qualitätsentwicklung in Spitälern und Kliniken (ANQ) hat die Erwachsenenpsychiatrie der Psychiatrie Baselland 2014 wiederum sehr gute bis überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt. Bei der Zufriedenheitsumfrage der Care Metrics GmbH zeigten sich 2014 drei Viertel der Patienten der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie zufrieden bis sehr zufrieden mit ihrer Behandlung und Betreuung. Bei den Hotellerieleistungen waren es rund 88 Prozent der Patienten.

Betriebsprozesse werden vereinfacht

Die Psychiatrie Baselland ist seit 2005 nach der ISO-Norm zertifiziert. Seither werden Prozesse und Organisationsstrukturen laufend optimiert und alle drei Jahre extern überprüft, letztmals 2014. Die Prüfer stellten keine Abweichungen von der geforderten ISO-Norm fest. Im Berichtsjahr startete ein Projekt mit dem Ziel, alle Prozesse und Dokumente in eine moderne Softwareumgebung zu überführen. Dadurch werden Risiken bei den Abläufen reduziert, die Übersichtlichkeit verbessert und Verwaltungskosten gespart.

Projekt Masterplan

Mit dem Projekt Masterplan Campus Liestal evaluiert die Psychiatrie Baselland, wie sie ihre künftigen Bedürfnisse an Bauten und Anlagen in Liestal abdecken kann. Die Planung wurde 2014 weiter vorangetrieben und verschiedene Szenarien wurden entwickelt.

Doppeltes Jubiläum gefeiert

Das Haus D an der Spitalstrasse in Liestal (die ehemalige Pfrund) ist im Berichtsjahr 160 Jahre alt geworden, das Haus A (Klinik) 80 Jahre alt. Dieses Doppeljubiläum feierte die Psychiatrie Baselland mit einem Festakt, an dem über 200 geladene Gäste aus Politik, Wirtschaft und Gesundheitswesen teilnahmen. Rund 6'000 Besucherinnen und Besucher folgten der Einladung zu drei Begegnungstagen, an denen unter dem Motto «VIELFALT LEBEN» ein abwechslungsreicher Einblick in die Psychiatrie geboten wurde. Ein Jubiläums-Symposium, die Ausstellung «VORSICHT!EINSICHT» und ein grosses Personalfest waren weitere Höhepunkte des Jubiläumsjahres.

Geschäftsleitung verkleinert

Zwei Mitglieder der Geschäftsleitung haben die Psychiatrie Baselland 2014 verlassen: Dr. Alexander Zimmer, Chefarzt der Ambulatorien und Tageskliniken, sowie Peter Waldner, Leiter Direktionsstab und des Aufgabenbereiches Wohnen und Arbeiten. Gleichzeitig wurde die Leitung Erwachsenenpsychiatrie von zwei auf eine Person reduziert und «Wohnen und Arbeiten» dem Leiter Finanzen und Personal unterstellt. Durch diese Reorganisation konnte die Geschäftsleitung von acht auf sechs Mitglieder verkleinert werden. Die schlankere Struktur hat sich bestens bewährt und die Arbeit der Geschäftsleitung noch effizienter gemacht.

Unternehmenseckwerte	R 2011	R 2012	R 2013	R 2014
Anzahl Mitarbeitende (FTE)		931 (719)	969 (719)	972 (731)
Pflegetage	90'086	88'903	89'729	86'129
Erfolgsrechnung in Tsd. Fr.				
Aufwand	99'728	98'263	97'821	98'021
Ertrag	99'728	99'208	99'622	99'910
+Gewinn / -Verlust	0.00	945	1'801	1'889
Bilanzsumme		58'672'000	66'552'000	73'168'000
Anlagedeckungsgrad 1		22.6%	28.5%	32.7%
Anlagedeckungsgrad 2		131.2%	140.9%	141.1%
Eigenfinanzierungsgrad		14.1%	15.1%	16.4%

Liquiditätsgrad II		202.6%	183.4%	170.5%
G-Leistungen in Mio. CHF bezahlt durch BL		5.74	8.27	8.00
Fallpauschale in Mio. CHF bezahlt durch BL		27.06	27.29	26.33

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der PBL

- Mit der Einkaufsgesellschaft HSK (Verbund von Helsana, Sanitas und KPT) konnte 2013 ein Tarifvertrag für die stationären Leistungen der Jahre 2014 und 2015 abgeschlossen werden. Mit der Einkaufsgesellschaft Tarifsuisse AG konnte keine Einigung über die Tarife für das Jahr 2015 erzielt werden. Auch für die ambulanten Tarife wurde mit den Krankenversicherern keine Einigung gefunden. In der Folge musste der Kanton Basel-Landschaft die entsprechenden Tarife festsetzen.
- Durch die im Jahr 2013 mit dem Standortkanton abgeschlossene Vereinbarung über die Abgeltung von gemeinwirtschaftlichen und besonderen Leistungen für die Jahre 2014 bis 2016 konnte die Planungssicherheit für die Psychiatrie Baselland markant erhöht werden.
- Die 2013 begonnenen Projekte Erwachsenenpsychiatrie und Masterplan Campus Liestal sollen der Psychiatrie Baselland in den Bereichen Organisation und Infrastruktur eine zukunftsbezogene Ausrichtung ermöglichen. Dies soll es weiterhin erlauben, den hohen Ansprüchen an die Qualität der Leistungen unter Einsatz von knappen betrieblichen Mitteln gerecht zu werden.
- Die sehr tiefe Eigenkapitaldecke zum Zeitpunkt der Unternehmensausgliederung aus dem Kanton von 12.9% konnte durch positive Geschäftsverläufe per Ende 2014 auf 16.4% gesteigert werden. Die Eigenkapitalquote ist aber nach wie vor sehr tief und dies bewirkt, dass das für die Sanierungen und Investitionen benötigte Kapital auf dem Kapital- oder Kreditmarkt nicht in der benötigten Höhe aufgenommen werden kann, respektive nicht zu den günstigsten Marktbedingungen finanziert werden kann.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

- Die anhaltende Tarifunsicherheit könnte sich auf die durch den Kanton zu finanzierenden Kosten auswirken.
- Gewisse Entwicklungen im Gesundheitswesen geben Anlass zur Sorge. Die Kostenentwicklung drängt Politik und Krankenversicherer zu Reaktionen. Spitäler und Kliniken stehen unter Druck, müssen den Fokus zunehmend auf die Finanzen ausrichten. Unsere Verantwortung ist jedoch geprägt durch die Kernaufgaben, die Behandlung und die Betreuung psychisch kranker Menschen. Sie sind auf kompetente, in genügender Zahl vorhandene Mitarbeitende angewiesen. Meist nur für kurze, manchmal aber auch für längere Zeit. Die Beziehung zwischen Patienten und Mitarbeitenden spielt dabei, speziell in der Psychiatrie, eine zentrale Rolle. Die Psychiatrie Baselland baut auf eine beziehungsorientierte Pflege und Behandlung. Dies unterstreichen wir mit unserem Slogan «Verstehen, vertrauen». Das ist unser «Geschäftsmodell», Kern unseres therapeutischen Alltags, Grundlage für das Vertrauen der zuweisenden Ärzte und Therapeuten, letztlich Basis unseres Erfolges. Trotz engem wirtschaftlichem Spielraum schaffen wir sozusagen die Quadratur des Kreises: eine anerkannt hohe Qualität unserer Leistungen bei knappem Einsatz der Mittel. Diese Schere kann sich jedoch nicht beliebig öffnen.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Die allgemeine Kostenentwicklung führt im Gesundheitswesen zu einem vermehrten Druck auf Politik, Krankenversicherer sowie Leistungserbringer. Die Konkurrenz zwischen den Spitälern wird durch die schweizweite freie Spitalwahl verstärkt. Grosse Unsicherheiten entstehen landesweit durch zahlreiche kantonale Festsetzungsverfahren für stationäre und ambulante Tarife. Viele dieser Festsetzungsverfahren führen zu Beschwerden vor dem Bundesverwaltungsgericht. Dies hat zeitliche Verzögerungen in der Entscheidungsfindung zur Folge und somit entstehen vergangenheits- und zukunftsbezogene monetäre Unsicherheiten bei allen betroffenen Parteien. Weitere Tarifverhandlungen werden dadurch schwierig.

Momentan laufen die Bestrebungen über die Einführung von neuen Tarifstrukturen in der Psychiatrie. Hier besteht eine grosse Unsicherheit über deren Ausgestaltung. Aufgrund des umfassenden Leistungsauftrages der PBL besteht in erhöhtem Masse das Risiko, dass die Tarife unter TARPSY nicht den effektiven Kosten entsprechen. Würden in Zukunft weniger Leistungen durch die Krankenversicherungen abgegolten, hätte dies entsprechende Mindereinnahmen zur Folge. Bei gleichbleibendem Leistungsauftrag des Kantons müssten gewisse Leistungen durch den Kanton finanziert werden, welche vorher durch die Kassen finanziert wurden. Die Refinanzierung der Infrastruktur steht in engem Zusammenhang mit den Tarifstrukturen. Es besteht die Gefahr, dass die Vergütungen der Krankenkassen nicht ausreichend sind, die effektiven Infrastrukturkosten zu decken.

Landratsgeschäfte 2014/2015

- Interpellation: Straftäter in der forensischen Abteilung der Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) und den damit verbundenen Kosten ([2014-211](#))
- Interpellation: Finanzierung des Investitionsbedarfs des Kantonsspitals und Psychiatrie Baselland durch den Kanton Basel-Landschaft? ([2014-294](#))

Berichterstattung/Information an den Landrat

- Vorlage: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2014 der Psychiatrie Baselland ([2015-223](#))
- Vorlage: Geschäftsbericht und Jahresrechnung der Psychiatrie Baselland für das Betriebsjahr 2013 ([2014-196](#))

4.8 Schweizerische Rheinhäfen (SRH)

Schweizerische Rheinhäfen

Beurteilung Geschäftsjahre 2014/2015: wichtige Entwicklungen bei den Schweizerische Rheinhäfen

Beim Mineralölumschlag im Jahre 2014 war ein weiterer Rückgang zu verzeichnen, was sich jedoch im 2015 ändern wird, da aufgrund der Schliessung der Raffinerie Collombey (VS) mit einer Steigerung um 0,8-1,0 Mio to gerechnet werden kann. Der Containerumschlag hat demgegenüber im vergangenen Geschäftsjahr weiter zugenommen und es ist davon auszugehen, dass sich diese positive Entwicklung auch 2015 fortsetzen dürfte. Der Umschlag stieg 2014 auf rund 124'000 TEU auf einen neuen Rekordwert. Die Umschlagsleistung der Schweizerischen Rheinhäfen entspricht somit rund 25% des gesamten Schweizer Container-Import/Exports. Damit festigten die Rheinhäfen ihre Stellung als führende Containerplattform und dies obwohl Containertransporte in der Binnenschifffahrt im Unterschied zum Bahnverkehr nicht vom Bund subventioniert sind.

Im Rahmen der Kommissionsberatung zum Güterverkehrsgesetz im Nationalrat ist es in enger Zusammenarbeit mit den Verlade- und Logistikverbänden gelungen, einen Gesetzesartikel zur Mitfinanzierung des Bundes für Hafenanlagen im kombinierten Verkehr einzubringen. Damit entsteht die notwendige Gesetzesgrundlage für die Mitfinanzierung des Hafenbeckens 3 in Basel Nord.

Unternehmenseckwerte	R 2011	R 2012	R 2013	R 2014
Anzahl Mitarbeitende	33	34	35	35
Erfolgsrechnung in Fr.				
Aufwand	13'137'142	13'529'890	14'419'459	15'512'526
Ertrag	20'244'119	20'932'573	22'528'497	23'833'010
+Gewinn / -Verlust	+7'106'976	+7'402'682	+8'109'038	+8'320'484
Gewinnablieferung an BL in Fr. (60% des Gewinns)	4'050'000	4'200'000	4'644'000	4'746'000
Bilanzsumme in Fr.	98'884'572	100'159'131	102'510'841	101'879'541
Eigenfinanzierungsgrad	97%	96%	95%	96%
Anlagedeckungsgrad 1 (goldene Bilanzregel)	117%	120%	120%	121%

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei den Schweizerischen Rheinhäfen

Die starke Marktstellung der Rheinhafenterminals im Containerverkehr zeigt das Potenzial eines künftigen Terminals Basel Nord auf, mit dem Kapazität und Effizienz im Umschlag Binnenschiff – Bahn durch grössere Schiffslose und reduzierten Rangieraufwand signifikant erhöht werden.

Vor diesem Hintergrund hat der führende Seehafen Rotterdam mit den SRH und dem Logistikcluster Region Basel eine Absichtserklärung zur Stärkung des Container-Netzwerks im Hinterlandverkehr zur Schweiz abgeschlossen. Diese zielt auch auf die Prüfung eines neuen Geschäftsfeldes im Bereich der Nutzung von Flüssigerdgas (LNG «Liquefied Natural Gas»). Aufgrund der neu erschliessbaren Gasvorkommen wird der Import von Gas via Hochsee- und Binnenschifffahrt in Zukunft an Bedeutung gewinnen und sich als preisgünstige Alternative zum bisherigen Pipeline-Import entwickeln. Auch der Ersatz der heute mit Diesel angetriebenen Binnenschiffsmotoren durch emissionsärmere Gasantriebe ist dabei ein Thema.

Die Schweizerischen Rheinhäfen streben ergänzend dazu eine Ertragssicherung und Entwicklung durch Ansiedlung neuer Aktivitäten mit trimodaler Logistik an.

Spezielle Herausforderungen:

- Vorbereitung Plangenehmigungsverfahren und Finanzierung Basel-Nord zur Zukunftssicherung der Containerdrehscheibe
- Förderung Standort-Rahmenbedingungen für die südlichen Häfen Birsfelden und Auhafen-Muttentz
- Anpassung der Fahrinne Mittlere Brücke - Vorhafen Schleuse Birsfelden zur Verbesserung der Nutzlast der Güterschifffahrt
- Prüfung der Zulassung von 135m-Schiffen nach Birsfelden (heute 110m)
- Projekt Bahn-Verknüpfung Auhafen – Schweizerhalle
- Zonenänderung Gemeinde Muttentz für direkten wasserseitigen Güterumschlag zum Infrapark Baselland (Clariant- Areal)

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Die Entwicklung der Güterstruktur im Import/Export ist einem laufenden Wandel unterworfen; nach dem Kohle- und später Mineralölzeitalter ist nun der Containerverkehr im Begriff, die Logistikketten entscheidend zu prägen. Daher ist es Aufgabe der SRH, den Strukturwandel zukunftsweisend zu unterstützen, z.B. mit geeigneten Infrastrukturmassnahmen zur effizienten Vernetzung der Verkehrsträger und der Schwerpunkt- und Clusterbildung in den drei Hafenteilen (Auhafen: Mineralöl, chemische Produkte, Dünger und Futtermittel, Schwertransportlogistik / Birsfelden: Stahlzentrum für Produktion und trimodale Logistik, Erdverarbeitung, Mineralöl / Kleinhüningen: Container, Nahrungsmittel/Silologistik, Metalle).

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Seit 2008 sind die Rheinhäfen der beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft zusammengelegt. Aus der Fusion resultierten die Schweizerischen Rheinhäfen, eine Anstalt öffentlichen Rechts im Besitz der Kantone. Die Organisation ist steuerbefreit und liefert ihren Unternehmungserfolg als flexiblen Baurechtszins für die für die Hafennutzung zur Verfügung gestellten Areale an die beiden Eigentümerkantone ab (60% BL / 40% BS). Allfällige Verluste, sofern sie durch die Organisation nicht selbst getragen werden können, würden nach demselben Verteilschlüssel auf die beiden Kantone verteilt. Den Grossteil des Ertrags erwirtschaften die Schweizer Rheinhäfen mit der Arealbewirtschaftung, welche durch relativ langfristige Verträge abgesichert ist und damit für einen konstanten Geldfluss sorgt. Rund 25 - 30% des Ertrags ergeben sich durch den Hafenumschlag, welcher aber von der Befahrbarkeit des Rheins abhängig ist. Der ausgewiesene Unternehmungserfolg war in den letzten vier Jahren stabil. Als Risiken, welche den Kanton als Eigentümer betreffen können, ist neben einer länger dauernden Rheinsperrung auch der Verlust eines Grosskunden zu nennen, mit negativen Auswirkungen auf die Erträge aus der Arealbewirtschaftung. Daneben existiert mit dem geplanten Terminal Basel-Nord ein Projekt dessen Finanzierung noch nicht vollumfänglich geklärt ist (Anteil des Bundes in Aussicht gestellt, Höhe noch offen). Die weitere Entwicklung des Projekts muss stetig beobachtet werden, um frühzeitig über allfällige finanzielle Konsequenzen für den Kanton informiert zu sein.

Landratsgeschäfte 2014/2015

- Motion: Die Rheinhäfen BS/BL brauchen eine Eignerstrategie ([2014-278](#))

Berichterstattung/Information an den Landrat

- Vorlage: Orientierung über das Geschäftsjahr 2014 gemäss § 36 Abs. 2 Staatsvertrag ([2014-170](#))

4.9 Sozialversicherungsanstalt Basel-Landschaft (SVA)

Sozialversicherungsanstalt Basel-Landschaft (SVA)

Beurteilung Geschäftsjahre 2014/2015: wichtige Entwicklungen bei der SVA

- Der Umsatz der SVA BL hat praktisch auf Vorjahresniveau stagniert. Die AHV-Beiträge gingen aufgrund des Abgangs des Kantonsspitals und der Psychiatrischen Dienste deutlich zurück. Die Leistungen nahmen hingegen weiter zu, was sich v.a. mit steigenden Fallzahlen (Renten, demographische Entwicklung) als auch teilweise mit höheren Fallkosten (EL) begründet. Der Aufwand der SVA konnte bei gleichbleibendem Mitarbeitenden-Bestand gesenkt werden. Mit einem kleinen Gewinn in der Grössenordnung der Vorjahre präsentiert sich die Rechnung wiederum ausgeglichen.
- In der Ausgleichskasse wurde auf der Beitragsseite im Zusammenhang mit dem revidierten kantonalen Gesetz zur Schwarzarbeitsbekämpfung die Zusammenarbeit mit KIGA und dem Kontrollorgan (ZAK) bei der Wirtschaftskammer ausgebaut.
- Für die Mitglieder und Beitragszahler – seien es nun bspw. KMU, der Kanton, Gemeinden oder Nichterwerbstätige – steht die möglichst einfache Abwicklung ihrer Beitragspflicht im Vordergrund. Mit der Einführung von "Partner-Web 2.0" wird im 2015 die bestehende Internet-Plattform zur Abwicklung der Beitragspflicht für unsere Mitglieder ausgebaut und so die Zusammenarbeit auf der Beitragsseite weiter vereinfacht.

- Im Bereich der Prämienverbilligung ist die Einführung des Softwaremoduls AKISNet IPV per Anfangs 2014 sehr erfolgreich verlaufen. Damit konnte gleichzeitig die ab 2014 zwingende Direktzahlung der Prämienverbilligung an die Krankenversicherer realisiert werden. Auf Anfang 2015 konnte die Neuregelung der Prämienverbilligung für junge Erwachsene umgesetzt werden.
- Die Entwicklung der Ausgaben für die Ergänzungsleistungen gibt nach wie vor Anlass zur Sorge. Die SVA arbeitet hier eng mit den verantwortlichen Stellen des Kantons zusammen und setzt sich auch in verschiedenen Gremien des Bundes ein, um die Kostenentwicklung (Stichwort "Explosion der Heimkosten") besser in den Griff zu bekommen und dabei die Lasten verursachergerechter und dennoch sozialverträglich zu verteilen.
- Für den Bereich IV der SVA BL war 2014 über alles gesehen ein gutes Jahr. Die guten Vorjahreswerte bei den sog. Wirkungsindikatoren konnten in zentralen Bereichen wie Rentnerbestand, Bearbeitungsdauer und Kosten pro versicherte Person gehalten werden. Hingegen wurde bei der Neurentenquote ein Anstieg festgestellt. Eine interne und externe Überprüfung der Entscheide ergab, dass diese fachlich korrekt sind. Wir gehen darum davon aus, dass es sich um eine vorübergehende Varianz handelt. Das Monitoring der Entwicklung der Neurentenquote wird weitergeführt.
- Insgesamt bestätigt sich, dass der Kurswechsel der IV von der Renten- zur Eingliederungsversicherung erfolgreich verläuft. Die IV Stelle der SVA BL hat diesen Wechsel über die letzten Jahre auch im interkantonalen Vergleich sehr erfolgreich vollzogen und wird am eingeschlagenen Kurs festhalten.
- Von der Möglichkeit der direkten, persönlichen Beratung in Binningen machten im 2014 etwas mehr als 7'500 Personen Gebrauch. Unser Beratungsangebot umfasst seit Anfang 2012 auch einen elektronischen Newsletter. Im 2015 wird der Internetauftritt der SVA BL neu gestaltet.

Unternehmenseckwerte	R 2011	R 2012	R 2013	R 2014
Anzahl Mitarbeitende	240	244	247	247
Beiträge AHV in Mio. CHF	327.9	322.3	326.8	302.9
Beiträge ALV in Mio. CHF	57.1	57.5	57.3	52.0
Renten AHV in Mio. CHF	529.1	542.2	561.7	576.1
Renten IV in Mio. CHF	111.2	108.1	107.3	109.1
EL AHV in Mio. CHF	96.1	92.6	103.6	106.3
EL IV in Mio. CHF	66.7	75.1	86.2	89.8
Individuelle Prämienverbilligung in Mio. CHF	125.4	118.0	120.0	115.6
Verwaltungsaufwand BL für Vollzug Prämienverbilligung und Ergänzungsleistung	6.23	6.48	6.98	6.65
Erträge in Mio. CHF	14.74	14.63	14.42	13.79
Aufwand in Mio. CHF	14.68	14.68	14.36	13.76
Gewinn/Verlust in Mio. CHF	0.06	0.05	0.06	0.03
Bilanzsumme in Mio. CHF	33.59	39.86	42.67	42.96

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der SVA

- Im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld und der sich nur langsam verändernden politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen erwarten wir höchstens ein leichtes Umsatzwachstum für die SVA. Die beitragspflichtige Lohnsumme dürfte eher stagnieren, sodass die Beiträge in etwa auf dem aktuellen Niveau nur ganz leicht zunehmen werden. Hingegen dürften die Leistungen weiter anwachsen. Diese Zunahme begründet sich wie schon in den letzten Jahren mit den insgesamt steigenden Fallzahlen (Anzahl Bezüger und Anzahl bezogene Leistungen) und denn in den meisten Sparten nach wie vor noch zunehmenden Fallkosten (pro Bezüger bzw. pro bezogene Leistung).
- Falls die Altersreform 2020 des Bundesrates in Etappen aufgeteilt wird, könnten für die Ausgleichskasse in den nächsten 2-3 Jahren schon Änderungen umzusetzen sein. Das wird sich wohl frühestens im Verlaufe des Jahres 2015 konkretisieren, wenn die Beratung in den Räten des Bundesparlamentes erfolgt ist und ggf. auch eine Volksabstimmung stattgefunden hat. Ebenso wird sich im laufenden Jahr zeigen, ob aus der anstehenden Revision des Bundesgesetzes über die Bekämpfung der Schwarzarbeit umfangreiche Zusatzaufgaben im Bereich der Arbeitgeberkontrolle auf die Ausgleichskassen zukommen.
- Auf kantonaler Ebene wird in der Ausgleichskasse die Kosteneindämmung und verbesserte Steuerung der Ausgaben in der EL ein zentrales Thema bleiben. Ein massgeblicher Faktor sind dabei die Kosten für Alters- und Pflegeheime bzw. IV-Institutionen. Verschiedene kantonale Vorhaben sind in dem Zusammenhang von Bedeutung: Die Revision des Einführungsgesetzes zu den EL, die Revision des Gesetzes über Betreuung und Pflege im Alter und das neue Behindertenhilfegesetz.
- Auf Bundesebene sind die Grundlagen für ein gesamtschweizerisches EL-Register gelegt. Bis 2018 soll das Register eingeführt werden. Es soll die statistische Gesamtsicht auf die EL verbessern, Grundlagen für gezieltere Steuerung der Kostenentwicklung liefern und die Vermeidung von Missbräuchen in den EL unterstützen.

- In der IV stehen die Stabilisierung der Neurentenquote und Massnahmen zur Weiterentwicklung der beruflichen Eingliederung im Vordergrund.
- Darüber hinaus ist das Bundesamt für Sozialversicherung vom Bundesrat beauftragt worden, bis im Herbst 2015 einen Entwurf zur Weiterentwicklung der IV vorzulegen. Im Zentrum stehen dabei kostenneutrale Massnahmen für Kinder mit Geburtsgebrechen, Jugendliche und Erwachsene mit psychischen Erkrankungen sowie weitere Verbesserungen bei der Eingliederung und die Einführung des stufenlosen Rentensystems. Es darf erwartet werden, dass dies in einzelnen Gebieten der IV zu einer Erweiterung der Aufgaben führen wird
- Ein wesentliches Thema wird in dem Zusammenhang die Umsetzung der Eigentümerstrategie (ES) des Kantons sein. Unter den gegebenen rechtlichen Rahmenbedingungen steht der Nutzen für die Kantonseinwohnerinnen und Kantonseinwohner im Zentrum des Handelns der SVA. Dazu gehört auch die Realisierung der strategischen und wirtschaftlichen Zielvorgaben gemäss ES des Kantons.
- Auch hier bestätigen sich die in den letzten Jahren festgestellten Tendenzen: Die Anforderungen an die Kostentransparenz und an die Wirtschaftlichkeit in der Durchführung der 1. Säule werden weiter steigen. Für die SVA BL bedeutet das, dass sie in den nächsten Jahren ihre Dienstleistungen für die verschiedenen Anspruchsgruppen bedarfsgerecht weiter entwickelt, die Zusammenarbeit mit ihren zahlreichen Partnern zielgerichtet ausbaut und sich im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten an betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ausrichtet.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Die Durchführungsstellen der 1. Säule und in der Sozialversicherung sehen sich einer unvermindert zunehmenden Regeldichte gegenüber. Es ist aufgrund des politischen Umfelds davon auszugehen, dass die Kontroll- / Steuerungs- und Regulierungsbemühungen weiter zunehmen. Gleichzeitig bestätigt sich die Einschätzung der letzten Jahre, dass die Rechtsprechung immer mehr Gewicht für die praktische Durchführung erhält, was es teilweise sehr anspruchsvoll macht, einen effizienten, wirtschaftlichen und kundenorientierten Vollzug zu gewährleisten. Es ist nicht zu erwarten, dass sich das ändern wird.

Die Antworten, welche unsere Politik und die Gesellschaft auf die Herausforderungen finden werden (müssen), die sich aufgrund der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung ergeben, werden einen unmittelbaren Einfluss auf das Mass an sozialer Sicherheit in unserem Land haben.

Damit das System funktioniert, müssen nicht zuletzt die Beitrags-/Finanzierungs- und die Leistungsseite unseres Sozialversicherungssystems in einem "vernünftigen", konsensfähigen Verhältnis zueinander stehen. Auf beiden Seiten werden daher weiterhin Anstrengungen zur langfristigen Sicherung des Systems zu unternehmen sein, sowohl beim Bund wie auch bei den Kantonen. Die SVA BL wird als Kompetenzzentrum gefordert sein, nicht nur in der Durchführung sondern auch in der Erarbeitung von belastbaren Grundlagen und sozialverträglichen, praxistauglichen Lösungen ihren Beitrag zu leisten.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Die Sozialversicherungsanstalt Basel-Landschaft umfasst die kantonale AHV-Ausgleichskasse, die Familienausgleichskasse des Kantons, die IV-Stelle und den regionalen ärztlichen Dienst (RAD). Während im Rahmen der AHV und IV Verwaltungsaufgaben wahrgenommen werden, wird die Familienausgleichskasse selbst betrieben. Die allgemein beobachtbare zunehmende Klagefreudigkeit sowie die kommenden bzw. zur Diskussion stehenden Anpassungen an AHV (Altersreform 2020) IV (Teilrevision) und EL (Gesamtrevision) lassen eine weitere Zunahme von Einsprachen & Beschwerden erwarten. Die SVA bildet ihre Sachbearbeiter diesbezüglich aus und beschäftigt insgesamt 10 Juristen. Ein Risiko für die SVA stellt auch die Abnahme von Verwaltungskostenbeiträgen aufgrund eines Wechsels grösserer Kunden oder Kundengruppen zu einer Verbandsausgleichskasse dar. Die SVA muss sicherstellen, dass im Folgejahr kein Verlust in der Verwaltungsrechnung entsteht und dass sie zeitnah organisatorische und betriebliche Anpassungen vornehmen kann. Am Beispiel des Abgangs des Kantonsspitals und der Psychiatrischen Dienste hat die SVA gezeigt, dass sie dazu in der Lage ist.

Landratsgeschäfte 2014/2015

- Vorlage: Anpassung Ergänzungsleistungen zur AHV und IV (Vermögensverzehr) ([2013-202](#))
- Vorlage: Neuregelung des Anspruchs auf Prämienverbilligung für junge Erwachsene; Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung ([2013-066](#))
- Motion: Prämienverbilligung bei Sozialhilfebezüglern ([2015-254](#))
- Postulat: Streichung der Prämienverbilligung für junge Erwachsene - für eine faire Anwendung des Gesetzeswillen bei geschiedenen Partnern ([2014-403](#)).

Berichterstattung/Information an den Landrat

- Jahresbericht 2014 der SVA Basel-Landschaft ([2014-040_01](#))

4.10 Universität Basel

Universität Basel

Beurteilung Geschäftsjahre 2014/2015: wichtige Entwicklungen bei der Universität Basel

Mit dem Leistungsbericht 2014 berichtet die Universität über das erste Jahr der Leistungsperiode 2014–2017. Bei einem Gesamtaufwand von CHF 704 Mio. schliesst die Universität das Rechnungsjahr mit einem Gewinn von CHF 6.7 Mio. ab. Die freien Mittel steigen damit auf rund CHF 30 Mio. an, also 4.3 % des Jahresaufwands.

Wie in der Parlamentsvorlage für den Globalbeitrag und Leistungsauftrag 2014–2017 dargelegt, sind in der Finanzplanung der Universität die freien Eigenmittel für die Umsetzung der Strategie 2014 vorgemerkt, die von den Regierungen und Parlamenten zur Kenntnis genommen worden ist und dem Leistungsauftrag 2014–2017 zugrunde liegt. Im Wissen um die Eigenmittel der Universität wurde der Globalbeitrag 2014–2017 erheblich bescheidener angesetzt, als im Antrag der Universität vorgesehen.

Die Studierendenzahl konsolidiert sich mit 12'560 knapp beim strategischen Szenario MIDI, das eine Studierendenzahl von rund 13'000 definiert hat und die Grundlage für die Raumstrategie der Universität bildet. Zunehmend verlassen die stark wachsenden Jahrgänge der letzten zehn Jahre die Universität. Die Universität muss deshalb angesichts der aktuellen demografischen Situation überdurchschnittlich erfolgreich Studierende anziehen, um die gewünschte Zahl zu halten.

Besonders erfreulich ist die deutliche Zunahme der kompetitiv eingeworbenen Drittmittel (plus 13.7 %), nachdem im Vorjahr diesbezüglich ein leichter Rückgang, wenn auch auf hohem Niveau, zu registrieren war..

Unternehmenseckwerte	R 2011	R 2012	R 2013	R 2014
Anzahl Mitarbeitende (FTE)	1'721	1779	1'826	1'880
Projektanstellungen (FTE)	971	1'003	1'022	1'038
Total (FTE)	2'692	2782	2'848	2'918
Anzahl Studierende	12'037	12'341	12'551	12'560
Veränderung ggü. Vorjahr	+1.8%	+2.5%	+1.7%	+0.07%
Anzahl Studierende aus BL	2'499	2'536	2'557	2'310
Veränderung ggü. Vorjahr	+0.4%	+1.5%	+0.83%	-9.6%
Staatsbeiträge in Mio. Fr.				
BL	148.8	*172.9	156.7	159.9
BS	148.4	*174.5	*158.9	161.1
Total	297.2	347.4	315.6	321.0
		davon 20.2 Sonderbeitrag PK-Sanierung	*davon 1.6 Sonderbeitrag PK-Sanierung + UB	
Erfolgsrechnung in Mio. Fr.				
Aufwand	646.1	698.5	698.5	704.4
Ertrag	641.4	641.4	699.9	714.1
+ Gewinn/- Verlust	-4.7	+1.4	+1.4	+6.7
Bilanzsumme in Mio. Fr.	596.6	673.4	673.4	795.0
Eigenkapital	18.3	19.7	19.7	29.8

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre bei der Universität Basel

Alle Leistungsindikatoren bescheinigen der Universität Basel eine hohe bis hervorragende Qualität in Lehre und Forschung. Während in früheren Jahren die Grösse einer Universität bezüglich ihrer Qualität eine sekundäre Rolle spielte, ist heute auch eine kritische Masse an Forschenden und Studierenden wichtig. In den letzten Jahren ist die Zahl der Studierenden an der Universität Basel zwar überproportional gewachsen, aber für die nächsten Jahre wird aus demographischen Gründen eine Abflachung und eine Konsolidierung der Zahl der Studierenden vorausgesagt; die Universität hat ihre Strategien 2007 und 2014 darauf ausgerichtet (rund 13'000 Studierende gemäss Strategie MIDI als Grundlage der Universitätsplanung).

Die gegenwärtig sehr gute Position der Universität Basel ist zum grossen Teil das Resultat der Strategie 2007. Deren Ziele konnten erreicht und viele der anvisierten Massnahmen in der Lehre, der Forschung, der Qualitätsentwicklung und der inneren Organisation umgesetzt werden. Bewährt hat sich insbesondere die Positionierung der Universität als *profilierte* Volluniversität, die sich durch ein vielfältiges, aber klar definiertes Lehrangebot auszeichnet. Dies zeigt sich auch in den Modellrechnungen des Bundes für die zukünftige Verteilung der Mittel, wo sich die Universität Basel in allen Szenarien als eine der robustesten kantonalen Hochschulen erweist.

Aufbauend darauf, definiert die Strategie 2014 thematische Schwerpunkte, die einerseits Lehre und Forschung der

Universität fokussieren, andererseits das Potenzial für allfällige neuere Entwicklungen offen lassen. Es sind dies primär die Life Sciences (mit verstärkter Förderung im Bereich der klinischen Forschung), die Bildwissenschaften, die Nanowissenschaften, die Nachhaltigkeits- und Energieforschung sowie European and Global Studies).

Von besonderer Bedeutung für die Universität ist die Entwicklung der Infrastrukturen. Als Basis für die Finanzplanung der Universität und der Trägerkantone wurden eine Raumstrategie und eine langfristige Bauinvestitionsplanung erarbeitet. Der Baukredit für den Neubau für das Biozentrum wurde zwar im Sommer 2013 genehmigt, wegen des Rekurses eines unterlegenen Anbieters verlängert sich die Bauphase für das neue Biozentrum voraussichtlich um ein halbes Jahr. Das derzeit vom Biozentrum genutzte Gebäude soll für das Departement Biomedizin durch einen Neubau ersetzt werden. Eine entsprechende Kreditsicherungsgarantie wurde am 17. Juni 2014 vom Regierungsrat zuhänden des Landrates verabschiedet (RRB Nr. 0912, LRV Nr. 2014/218).

Auf dem Campus Schällemätteli wird zudem das Bauprojekt des ETH-Departements für Biosysteme realisiert, welches von der ETH selbst finanziert wird und die Zusammenarbeit mit der ETH noch weiter verstärkt und konsolidiert.

Per Ende Juni 2015 tritt der amtierende Rektor der Universität Basel zurück. Unter der Leitung der neuen Rektorin wird die Strategie ab 2018 erarbeitet, die auch für die Verhandlungen zur neuen Leistungsauftragsperiode 2018–2021 entscheidend sein wird.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

Auf nationaler Ebene werden derzeit die vom neuen Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) vorgesehenen Strukturen, Gremien und Finanzierungsmechanismen definiert, die auch die Koordination in den kostenintensiven Bereichen vornehmen werden. Die Universität Basel wird sich als forschungsstarke, aber kleinere Institution gemeinsam mit ihren zwei Trägern für eine leistungsgerechte Verteilung von Bundesmitteln und disziplinären Kompetenzen einsetzen. Klarheit über die neuen Finanzierungsmechanismen wird spätestens 2020 bestehen, wenn gemäss HFKG auch die Artikel zur Finanzierung von Bundesrat in Kraft gesetzt werden müssen.

Auf globaler Ebene hat der vermehrte Wettbewerb um Innovationskraft zu einer Steigerung der Investitionen in den Hochschulbereich sowohl in den Nachbar- wie auch in den Schwellenländern geführt. In den nächsten Jahren wird es darum gehen, die Stärke der Universität Basel in einem international kompetitiveren Umfeld zu halten, was einen fokussierten Ausbau ihres jetzigen Potenzials erfordert.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Der Bund ist momentan daran, das UFG (bzw. die dazugehörige Verordnung) im Bereich der Grundbeiträge anzupassen. Die bisherige Praxis, dass die Grundbeiträge jeweils nachschüssig ausbezahlt wurden, wurde abgeschafft. Diese Praxisänderung führt dazu, dass der Universität Basel ein Beitragsjahr „verloren“ geht. Entsprechend besteht das Risiko, dass es zu einem einmaligen Ausfall von CHF 30'000'000 kommt, welche im Rahmen des Staatsvertrags von 2006 von den beiden Trägerkantonen als Darlehen von je CHF 30'000'000 gewährt wurden, um die Finanzierungslücke aufgrund der nachschüssigen Auszahlung der Grundbeiträge zu überbrücken. Daher ist das finanzielle Risiko leicht erhöht und sollte entsprechend überwacht werden. Zurzeit ist ein Rechtsverfahren im Gange bei dem fünf Kantone, darunter auch der Kanton Basel-Landschaft versuchen, dieser Praxisänderung des Bundes entgegenzuwirken.

Der Ausschluss der Schweiz aus dem europäischen Forschungsprogramm Horizon 2020 als Reaktion auf die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative am 9.2.2014, stellt ein finanzielles Risiko dar. Zwar will der Bund hier Mittel zur Verfügung stellen, dennoch erwartet Universität einen Rückgang der Drittmittel (Projektbeiträge und Preisgelder) ab 2016 und wesentlich schwerwiegender einen Reputationsverlust.

Die Aufhebung des Mindestwechselfurses für den Euro durch die Schweizerische Nationalbank im Februar dieses Jahres kann zu Mindereinnahmen bei den durch die EU geförderten Forschungsprojekten der Universität Basel führen. Die Universität Basel hat für diesen Fall Rückstellungen vorgenommen. Aktuell ist jedoch unklar, ob diese Rückstellungen ausreichen werden.

Landratsgeschäfte 2014/2015

- Vorlage: Bericht zum Postulat [2013-030](#) von Rahel Bänziger Keel, Grüne Fraktion, betreffend Eignerstrategie für die Universität beider Basel ([2015-031](#))
- Vorlage: Bericht zum Postulat [2010-073](#) von Isaac Reber, Grüne Fraktion, betreffend Erweiterung der Trägerschaft der Universität Basel ([2014-300](#))
- Vorlage: Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat) ([2014-253](#))
- Vorlage: Gewährung einer Kreditsicherungsgarantie an die Universität Basel für die Erstellung des Neubaus Departement Biomedizin auf dem Life-Science-Campus Schällemätteli sowie Verpflichtungskredit für den Rückbau des alten Biozentrums zugunsten der Errichtung des Neubaus Departement Biomedizin auf dem Life-Science-Campus Schällemätteli; Partnerschaftliches Geschäft ([2014-218](#))
- Vorlage: Universität Basel; Leistungsbericht, Jahresabschluss und Geschäftsbericht 2013; Partnerschaftliches Geschäft ([2014-201](#))
- Vorlage: Bericht zum Postulat [2007-202](#) von Christine Mangold, FDP, betreffend Überprüfung Standorte Univer-

sität Basel ([2014-173](#))

- Vorlage: Bericht zum Postulat [2012-392](#) von Regina Vogt, FDP, betreffend Kostenwahrheit im Medizinstudium ([2014-136](#))
- Postulat: Änderung des Strategieprozesses der Universität Basel ([2013-453](#))
- Interpellation: Internet-Universität in Liestal ([2014-056](#))
- Motion: Über 42% Deutsche Professoren an der Universität Basel ([2015-258](#))
- Motion: Interkantonale Trägerschaft Universität Basel ([2015-097](#))
- Motion: Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende an der Universität Basel gefordert! ([2014-223](#))
- Resolution der GLP- / BDP-Fraktion des Landrats: Unverständliche Sitzverteilung im Schweizerischen Hochschulrat ([2015-139](#))

Berichterstattung/Information an den Landrat

Die Berichterstattung der Universität Basel 2014 wird im Lauf des 2. Halbjahres dem Landrat unterbreitet (vgl. [LRV 2015/172](#)). Die Interkantonale Geschäftsprüfungskommission IGPK beschäftigt sich an ihrer Sitzung vom 12. Mai 2015 mit der Berichterstattung der Universität Basel 2014. Die Universität Basel führt am gleichen Tag das Hearing für die Mitglieder der anderen parlamentarischen Kommissionen durch.

4.11 Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)

Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)

Beurteilung Geschäftsjahre 2014/2015: wichtige Entwicklungen beim UKBB

- Nachdem im Vorjahr die Zahl der Patienten im stationären Bereich stark angestiegen war, (+7%), hat sich die Zahl der Patienten im 2014 leicht reduziert (– 2%). Die im Kalenderjahr erbrachten Leistungen im stationären Bereich in DRG-Punkten (Case Mix) blieben stabil.
- 4 Jahre nach dem Umzug konnten im ambulanten Bereich mit 91'000 Behandlungen die Ziele des Businessplans 2016 bereits übertroffen werden. Im Durchschnitt wird ein Patient in der Poliklinik 1.7 x gesehen, was im Vergleich zu anderen Kinderspitälern einen tiefen Wert darstellt. Auf der Notfallstation wurden über 33'500 Besuche gezählt. Diese wesentliche Zunahme der Patienten auf der Notfallstation konnte dank der laufenden Prozesse und der Unterstützung durch die Pädiatrische Notfallpraxis gut bewältigt werden. In der Tagesklinik wurde mit 4'300 Patienten eine Steigerung gegenüber 2013 um 6% erzielt und das UKBB ist auf gutem Weg, die Ziele des Businessplans 2016 zu erreichen.
- Die Zufriedenheit der UKBB-Patienten und Eltern konnte trotz einem grösseren Patientenvolumen verbessert werden von 76% auf 79%.
- In der Forschung konnte eine weitere Steigerung der Drittmittelzuflüsse von CHF 4.4 auf 4.8 Mio. erzielt werden. Insgesamt wurden 158 Originalarbeiten (2013: 144) publiziert. Ausserdem konnte eine Professur für Pädiatrische Pharmakologie (Eckenstein-Geigy-Professur) aufgebaut werden.
- Die Existenz des IKS im Sinne des PS 890 wurde 2014 durch die Revisionsgesellschaft erstmals bestätigt, die Zertifizierung der Kostenrechnung 2014 nach REKOLE soll im Frühjahr 2015 erfolgen.
- Das UKBB erzielte im Jahr 2014 ein positives Unternehmensergebnis von CHF 3,5 Mio. Die Gründe dafür liegen in der Zunahme der erbrachten Leistungen und den konsequent fortgeführten Aktivitäten zur Steigerung der Effizienz.
- Auf infrastruktureller Seite leidet das UKBB nach wie vor unter der unbefriedigenden Parkplatzsituation für die Patienten und Familien.

Unternehmenseckwerte	R 2011	R 2012	R 2013	R 2014
Anzahl Mitarbeitende (FTE)	827	859 (669)	883 (684)	940 (718)
Pflegetage	38'529	37'206	37'800	38'347
Erfolgsrechnung in CHF				
Aufwand	117'327'609	118'458'021	128'790'016	133'132'208
Ertrag	118'025'774	119'536'491	123'978'753	129'642'050
+Gewinn / -Verlust	698'165	1'078'469	4'811'264	3'490'158
EBITDA in CHF			14'034'121	13'448'380
Bilanzsumme	40'091'571	53'483'390	195'995'439	193'774'910
Anlagedeckungsgrad 1	46%	59%	52%	57%
Anlagedeckungsgrad 2	118%	210%	117%	123%
Eigenfinanzierungsgrad	13%	12%	38%	40%
Liquiditätsgrad II	0.63	0.83	1.37	1.65

G-Leistungen in CHF bezahlt durch BL		7'455'235	6'213'557	5'635'170
Fallpauschale in CHF bezahlt durch BL		8'051'158	10'325'828	10'109'536

Beurteilung Zukunft: wichtige Entwicklungen der nächsten zwei bis drei Jahre beim UKBB

- Für das UKBB gilt es, die erarbeitete Position als zweitgrösstes Kinderspital der Schweiz zu konsolidieren. Dies beinhaltet die weitere Entwicklung der Stiftungsprofessur für Pädiatrischen Pharmakologie, sowie die Weiterentwicklung der Schwerpunkte Perinatal- und Entwicklungspädiatrie, Thorax- und Lungenmedizin, Knochenmarktherapie, Deformationen an Kopf, Rücken und anderen Gliedmassen (inkl. Neurochirurgie) sowie Visceral- und Neugeborenenchirurgie. Es ist von Wichtigkeit, dass diese Schwerpunkte von der hochspezialisierten Medizin IVHSM anerkannt werden und das UKBB gemeinsam mit dem Universitätsspital Bern den universitären Teil des „Verbunds Mitte“ (Kinderkliniken Basel, Bern, Luzern, Aarau, Tessin) übernimmt. Die Wahl unserer Schwerpunkte ergänzt das Portfolio der Schwerpunkte aller Kinderspitäler und bildet keine Konkurrenz zu bereits vorhandenen Schwerpunkten. Die Philosophie ist die Behandlung von Patienten durch Spezialisten, die eine international anerkannte Ausbildung für Kinder- und Jugendmedizin in diesen Schwerpunkten besitzen (Beispiel: einziger ausgebildeter Pädiatrischer Neurochirurg in der Schweiz mit einem Lehrstuhl für Pädiatrische Neurochirurgie).
- Weiterentwicklung des UKBB in der Dienstleistung gemäss Businessplan und laufende Optimierung der Effizienz und Qualität.
- Das UKBB soll zusammen mit den Pädiatern der Region eine moderne und effiziente Grundversorgung auf höchstem Niveau für die Bevölkerung (Familien der Region) anbieten.

Beurteilung Zukunft: Umfeldentwicklung

- Unsicherheit in der Finanzierung (stationär DRG, ambulant, gemeinwirtschaftliche und übrige Leistungen). Zum heutigen Zeitpunkt sind 78% des stationären Umsatzes und 74% des ambulanten Umsatzes für das Jahr 2015 nicht definitiv vertraglich fixiert (laufende Verhandlungen und hängige Tariffestsetzungen).
- Die neuen Finanzierungsinstrumente wurden für die akute Erwachsenenmedizin entwickelt und bilden die Kindermedizin finanziell ungenügend ab. Im stationären Bereich (SwissDRG) sind durch kinder- und jugendspezifische Anforderungen 20-30% höhere Baserates als in der Erwachsenenmedizin notwendig.
- Der Tarmed im ambulanten Bereich bildet den erforderlichen hohen Zeitaufwand bei der Therapie von Kindern nicht ab. Wie oben beschrieben, führt das UKBB eine grosse Spitalambulanz, da die kinder- und jugendmedizinischen Spezialisten hauptsächlich im Spital tätig sind. Das Fehlen von Privat- und Halbprivatpatienten führt in Kinderspitälern zu einem Verlust von betriebswirtschaftlich substanziellen Zusatzerträgen.
- Die zunehmende Aufspaltung der Verantwortlichkeiten für Schule, Sozialarbeit, Logopädie, Zahnarzt etc. führt zu zahlreichen Verhandlungen mit den zuständigen Departementen und auch anderen Kantonen, die zusätzlich neben den Verhandlungen mit den Garanten zu führen sind.

Beurteilung Risiko aus Kantonssicht

Grundsätzlich besteht unter dem Finanzierungssystem der Fallpauschalen (SwissDRG) das Problem, dass die im Gegensatz zur Erwachsenenmedizin deutlich erhöhten Kosten der Kindermedizin nach wie vor nur ungenügend berücksichtigt werden. Es besteht die Gefahr, dass die Kinderspitäler "chronisch" mit zu tiefen Abgeltungen operieren müssen. Erschwerend kommt hinzu, dass Kinder zu über 95% nur grundversichert sind, die Erwirtschaftung von Zusatzerträgen ist somit nicht möglich. Wie sich genau die Finanzierung über die Fallpauschalen für die Refinanzierung der Spitalinfrastruktur auswirken wird, kann zum momentanen Zeitpunkt nur schwer abgeschätzt werden. Es besteht jedoch ein gewisses Risiko, dass aufgrund einer zu tiefen Fallpauschale die Refinanzierung der Infrastruktur nicht aus den spitaleigenen Mitteln gedeckt werden kann und sich dadurch die Eigenkapitalquote verringert.

Die Zentralisierung für die hochspezialisierte Medizin wird durch die Interkantonale Vereinbarung über die hochspezialisierte Medizin (IVHSM) geplant. Der Einspruch gegen den Zuteilungsbeschluss "Schwere Verbrennungen", welchen das UKBB zusammen mit dem Inselspital Bern / Kantonsspital Aarau / Kantonsspital Luzern / Ospedale regionale Bellinzona eingereicht hatte, wurde vom Bundesverwaltungsgericht gutgeheissen. Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, ein 2-stufiges HSM Verfahren durchzuführen: 1. Klärung, was gehört zur hochspezialisierten Medizin und 2. die Zuteilung durchführen. Damit konnte das Risiko eines gravierenden negativen Beschlusses für das UKBB reduziert werden. Trotzdem bleibt das Risiko der Zentralisierung von Schwerpunktleistungen in der hochspezialisierten Medizin latent bestehen.

Landratsgeschäfte 2014/2015

- Vorlage: Verpflichtungskredit zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen und besonderen Leistungen des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für die Jahre 2014 und 2015. Partnerschaftliches Geschäft ([2013-414](#))
- Motion: Verbesserung der Parkplatzsituation am UKBB ([2014-222](#))

Berichterstattung/Information an den Landrat

- Vorlage: Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB): Information über die Rechnung 2014 ([2015-164](#))
- Vorlage: Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) - Information über die Jahresrechnung 2013 ([2014-139](#))

5 Antrag

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, vom vorgelegten Bericht Kenntnis zu nehmen.

Liestal, 30. Juni 2015

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Isaac Reber

Der Landschreiber:

Peter Vetter